

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brodestraße 2-5 — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 41

Berlin, den 10. Oktober 1931

6. Jahrgang

Noch auf dem Wege zur Katastrophe

Bankkrachs — Zollkrieg — Inflation — Vertrauenskrise — Katastrophenspolitik

Die weltwirtschaftlichen und politischen Ereignisse überstürzen sich. Was sich gegenwärtig auf der Weltbühne abspielt, sind wirkliche Tragödien, Dramen und Schauspiele mit verhängnisvollen Folgen für die Völker und besonders für die arbeitenden Schichten der hart betroffenen Länder. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist in seinen Grundfesten erschüttert. Das Finanzwesen, die Industrie, das Gewerbe, der Handel und Verkehr sind in den Strudel der Ereignisse hineingezogen. Das kapitalistische System versagt bis auf die Ausbeutung der Menschen in seinen Funktionen in allen Staaten der Welt. Die Warenproduktion, die Warenverteilung und der Warenverbrauch sind ins Stocken geraten, sie funktionieren nicht mehr nach den bisher gültigen Regeln. Der gegenwärtige Zustand der Weltwirtschaft muß als trostlos bezeichnet werden.

Die Interessenten dieses Systems sind nun auch am Ende mit ihrer Weisheit, sie versagen völlig bei der Bedienung dieser komplizierten, in Unordnung geratenen Wirtschaftsmaschinerie. Sie bemühen sich wohl, sie wieder in Gang zu bringen, aber ihre Bemühen ist vergeblich. Ihr Eingreifen, ihr Tun und Handeln löst nur neue, noch größere Schwierigkeiten aus.

Versuche zur Anregung des weltwirtschaftlichen Betriebes wurden in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten unternommen, aber die Wirkung blieb aus. Der krankhafte Zustand der Wirtschaft wurde nur verschlimmert. Zu den Verschlimmerungen kann man das Abgehen von der Goldwährung in England, in Schweden, in Norwegen und in Dänemark bezeichnen. Dazu kommen noch der Sturz der Wank von England als Weltbankier, die Umstellung der Fakturierung vom Pfund Sterling zum Dollar und die auf diese Weise angeregte Inflation mit all ihren verheerenden Wirkungen. Neben diesen Vorgängen wird auch noch ein kleiner Zollkrieg entfacht. England will Zölle erhöhen, desgleichen die Schweiz und andere, so daß der Weltmarkt anstatt von Zollgrenzen befreit, noch weiter eingengt wird. Zoll- und Handelskämpfe verursachen nur neue Störungen. Die Verantwortlichen aller Staaten wissen das, aber es fällt ihnen gar nicht ein, entgegengekehrt zu handeln, damit die Wirtschaft wieder in Gang kommt.

Die Bankzusammenbrüche in vielen Ländern, die selbst in den reichsten Staaten, Amerika und Frankreich, nicht aufzuhalten sind, tragen selbstverständlich auch zur weiteren Verwirrung bei und hinterlassen ebenfalls Massenopfer des wirtschaftlichen Niedergangs. Dazu kommen noch kriegerische Verwicklungen zwischen Japan und China, Putschhandlungen in Oesterreich. All diese Begebenheiten steigern das Fieber der Wirtschaft und zerstören die winzigsten Gesundheitsregungen, wenn solche ja noch vorhanden sind.

Die Vorgänge, besonders in der Wirtschaft selbst, das Verfallen von Geld, das Versagen von Verantwortlichen, das Verhalten der Regierenden und die Einstellung der Bevölkerung bei Wahlen, wie es Hamburg wieder zeigte, sind jedoch auch nicht angetan, das Vertrauen zu stärken und eine Besserung herbeizuführen. Die deutschen Regierenden greifen zu Notverordnungen, um Heil zu bringen. Das Heil kommt jedoch nur zu den Interessentenvereinigungen, während die Arbeiterschaft dafür bluten und opfern muß. Die Regierung hat bisher mit ihren Maßnahmen an der bestehenden Not nur noch neue hinzuerordnet. Ein großer Teil Arbeiter, Angestellte und Beamte setzte tatsächlich auf diese Regierung einmal Hoffnung, aber der Dank für die erwiesene Tolerierung waren Stockschläge auf den Wagen, Lohnabbau, Tarifverschlechterung, neue Belastung und Kürzung der Unterstützung für die Erwerbslosen, während zusammengebrochene Banken mit Hunderten von Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln gestützt wurden, Industrielle Vorstöße erhielten und die Landwirtschaft Geldunterstützung in hohem Maße bekam. Die Regierenden verloren nicht nur den Sinn für Gerechtigkeit und Gleichheit, sondern auch für Menschlichkeit.

Eine noch sinnwidrigere Haltung nehmen auch viele deutsche Unternehmer in ihren Reden und in ihrem Handeln ein. Ernsthaft sein wollende Unternehmer reden, und selbst Zeitungen schreiben noch öffentlich davon, der Sozialismus und die Gewerkschaften seien an dem gegenwärtigen Verhängnis schuld. Diese Behauptung ist höherer Unsinns; denn es gibt Länder, in denen es weder Sozialismus noch freie Gewerkschaften gibt — siehe Italien — und doch leiden sie genau so unter der Krise wie Deutschland. Die Verwirrung der Köpfe im Unternehmerlager nimmt anscheinend einen bedrohlichen Umfang an. Der Reichsverband der deutschen Industrie übermittelte der Öffentlichkeit eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß neben Möglichkeiten auch Unmöglichkeiten verlangt werden, wie z. B. Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse; Voraussetzung für individuellere Lohngestaltung sei Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung, Wiederherstellung der eigenen Verantwortung der Parteien. Die Unternehmer-

forderungen erfüllen, heißt die Entwicklung um Jahrzehnte zurückstellen, heißt aber auch individuellere Preisgestaltung, wogegen sich bekanntlich die stärksten Kollektivgemeinschaften der Unternehmer selbst sträuben und wehren. Daraus geht hervor, daß nun die Unternehmer gegen sich selbst kämpfen. Kann das ihr Ernst sein, oder nahm ihre geistige Verwirrung schon einen so großen Umfang an, daß sie so vorgehen wollen. Die Unternehmer müssen sich aber auch im klaren sein, daß die Gewalt gegen die Arbeiterorganisationen ein sehr zweischneidiges Schwert ist. Gewaltverherrlicher erlitten in den letzten zwei Jahrzehnten so manches Mal Schiffbruch. Deshalb müssen sich gerade die Scharfmacher sehr reißlich überlegen, ob ihre Methoden im gegenwärtigen Wirtschaftskampf tatsächlich zum Erfolg führen. Es hat viel eher den Anschein, als steigerten sich dadurch die Schwierigkeiten um so mehr, als wächse das Mißtrauen gegen Deutschland.

Der Ministerbesuch in Berlin — der französische Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand waren bei Brüning, Curtius und Hindenburg — scheint in seinem Ergebnis den Beweis geliefert zu haben, daß die Mißtrauensmauer um Deutschland noch nicht umgelegt ist. Weil so deutlich fühlbar ist, wie es nicht ohne Schuld der Regierung und der deutschen Unternehmer steht, deshalb sollte gerade jetzt etwas vorzüglichere Wirtschaftspolitik getrieben werden. Das Ministertreffen in Berlin hat wohl gezeigt, daß selbst die Mandatparteien einen Augenblick vernünftig waren, und daß

die Friedensfreunde hüben und drüben das Feld beherrschten, aber das Reisergebnis wirtschaftlicher Art fehlt noch, und auch die vorgesehenen Kommissionen werden es schwerlich erjagen. Lichtblicke in dieser Richtung sind noch nicht zu sehen. Das ist sehr betrübend und sollte gerade die noch verantwortlichen Wirtschaftskreise veranlassen, nicht die Brandfackel gegen die organisierte Arbeiterschaft so sichtbar zu schwingen. Deutschland verträgt keinen harten erbitterten Wirtschaftskampf mehr.

Was die Arbeiterschaft opfern und tun konnte, geschah in höchstem Maße, nun sind die Unternehmer dran. Sie sind dran besonders in Opfern und Wirtschaftsbereinigungen, wenn das Ausland wieder Vertrauen zu Deutschland und seiner Wirtschaft bekommen soll. Die deutschen Unternehmer wissen doch, was das Ausland von ihnen denkt und erwartet. Es will endlich Laten sehen in der Vereinigung der Wirtschaft und der Politik, sonst sind Ministerbesuche völlig zwecklos, und Verhandlungen führen zu keinem positiven Ergebnis.

Erst wenn in Deutschland wieder vernunftgemäß wirtschaftet und ehrlich Verständigungspolitik getrieben wird, kann sich das Blatt wieder zu unserem Gunsten wenden. Das Lehren die letzten Wochen zur Genüge. Das deutsche Unternehmertum kann viel dazu beitragen. Die zutage tretende Verwirrung der Köpfe und das Hin- und Herbewegen zwischen Gewalt und Recht lassen allerdings wenig Hoffnung auf Vernunft aufkommen. Noch deuten die Wegzeichen auf Katastrophe. —

Antwort der Gewerkschaften auf Unternehmerforderungen

Die Spitzenorganisationen der freien, christlichen und kirchlich-demokratischen Gewerkschaften richten gemeinsam folgende Kundgebung an die Öffentlichkeit:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung der Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Stärkeren ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben. Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftskrise der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überhöhten Protektionismus, Subventionspolitik, Ueberregulierung, Kapitalverschleierung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1½ Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die krasse Interessentenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen.

Berlin, den 1. Oktober 1931.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:

R. Graßmann.

Deutscher Gewerkschaftsbund:

Otto Hegewald, Eubenbach.

Das ist die Antwort auf die Forderungen der deutschen Unternehmer, die sie am 29. September der Öffentlichkeit und dem Reichskanzler übermittelten. Sie ist deutlich und scharf und enthält die einheitliche Auffassung der organisierten Arbeiterschaft, also der Kräfte, die organisatorisch zusammengefaßt ein gemeinsames Ziel erstreben, die aber auch bereit sind, ihre Forderungen durchzusetzen, wenn sich etwa Hilfstuppen der Unternehmer an den Staats- und Wirtschaftsnottwendigkeiten vergreifen sollten:

Die Gewerkschaften zeigen auch der Reichsregierung in ihrer Kundgebung, was zu tun ist in der schwierigen Zeit, im Gegensatz zu den Unternehmern, die zum Teil entwicklungs-geschäftliche Unmöglichkeiten verlangen. Wie sie aussehen, kann jeder selbst nachlesen. Die Unternehmer fordern:

1. Weiterer umfangreicher Ausgaben- und Ausgabenabbau der öffentlichen Hand, damit sich die Reparationsentlastung in einer Steuerentlastung auswirken kann und Beseitigung der Hauszinssteuer zur Erhaltung der Grundlagen der Kreditwirtschaft. 2. Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse; Voraussetzung für individuellere Lohngestaltung sei Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung, Wiederherstellung der eigenen Verantwortung der Parteien. Die Unternehmer-

Niemals wird die deutsche Arbeiterschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem bisher beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.
6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Rückständige Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwelenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuldung und der Reparationen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:

Aufhäuser.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände:

Neustedt, Lemmer, Kößiger.

Tarif- und Schlichtungswesens, Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung, Wiederherstellung der eigenen Verantwortung der Parteien. 3. Anpassung der sozialpolitischen Ueberbelastung an das wirtschaftlich Mögliche durch Verwaltungsvereinfachung auf allen Gebieten, einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Gerade zur Erhaltung der Sozialversicherung müßte sie unverzüglich mit den wirtschaftlichen Kräften des Volkes in Einklang gebracht werden. 4. Senkung der Zins- und Kapitalzins- und der gemeindlichen Versorgungsbeiträge, mindestens entsprechend den Preisentwertungen seit 1929. 5. Beseitigung des Geldmarktes vom Druck der öffentlichen schwebenden Schulden, durch deren Konsolidierung unter Wahrung der Gläubigerrechte. 6. Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere im Wohnungswesen.

Außer diesen sechs Punkten wird verlangt, alle künftigen Schritte der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Grundgedanken der Eigentums- und Rechtssicherheit aufzubauen. Zur Wahrung der Wirtschaft wird erklärt: „Wir halten zwar für die Privatwirtschaft eine Ausweitung des Kreditvolumens für dringend erforderlich, aber wir lehnen ganz entschieden jedes Währungs-experiment ab.“ Handelspolitisch wird eine Linie gefordert, die der Aufrechterhaltung und Erweiterung der deutschen

Maßnahme Rechnung trägt wie der Aufrechterhaltung und Erweiterung des Binnenmarktes. Aufschließen wird die Reichsregierung erwartet, bei ihren weiteren Maßnahmen die Kräfte durch unorganierte Einzelmaßnahmen zu verzerren. Nötig sei auch die Jugendfrage der Reichsreform.

Die Forderungen der Unternehmer enthalten in sich Widersprüche, besonders in der Lohnfrage; denn die Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse — wohlgeachtet nicht der Preise — können doch unumgänglich zur Aufrechterhaltung und Erweiterung des Binnenmarktes beitragen, weil Anpassung der Löhne und Gehälter an die

gegebenen Wettbewerbsverhältnisse Sachmangel ist und weil dieser nicht zur Erweiterung des Binnenmarktes beitragen kann. Ein Verhängnis wäre auch die Verringerung der Hauszinssteuer, weil diese eine Steuerermäßigung der Länder darstellt, auf die sie gegenwärtig ohne Ausgleich nicht verzichten können.

Aus den Forderungen der Unternehmer ist zu ersehen, daß sie sich die Sache sehr leicht gemacht haben. Ihre Erfüllung brächte dem deutschen Volk keine Erleichterung, sondern neue Schwierigkeiten, deshalb tut die Regierung gut, wenn sie ihnen keine oder nur wenig Beachtung schenkt.

Für Arbeitsbeschaffung gegen Arbeitslosennot

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund hatten am 25. September zu einer großen Kundgebung gegen die Arbeitslosennot und für Arbeitsbeschaffung, hauptsächlich durch den Wohnungsbau und Forderungsbau, angetreten. Die Versammlung wurde geleitet durch den stellvertretenden Vorsitzenden des ADGB, Kollegen Eggert. Als erster Redner sprach Franz Spliedt über: „Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung“. Spliedt behandelte das Problem in fachverständiger Weise. Die Arbeitslosennot in Deutschland ist besonders gekennzeichnet durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit. Angesichts dessen müßten alle Mittel aufgewandt werden, um zusätzliche Arbeit zu beschaffen. Zu nennen sind hier Arbeiten der Reichswehr, des Baugewerbes und insbesondere der Straßenbau. Spliedt wandte sich scharf gegen den freiwilligen Arbeitsdienst, und den Wohnbau; er setzte sich für die allgemeine Vergrößerung der Arbeitszeit ein. Ueber die Bauwirtschaft in der Krise sprach der Vorsitzende des Deutschen Bauergewerksbundes, Kollege Verward. Dieser entrollte ein trübes Bild darüber, wie ein ehemals blühender Industriezweig mit einer Beschäftigtenzahl von rund einer Million zur Untätigkeit verurteilt wird. Das Produktionsvolumen im Baugewerbe und in den Baubehelfgewerken ist bis zu 80 v. H. herabgegangen. Im Hochsommer waren mehr als zwei Drittel aller Bauarbeiter arbeitslos. Trotzdem ist man zur Stilllegung von zahlreichen öffentlichen und privaten Bauten

solche von Straßenbauten übergegangen. Durch den Bau von Kleinwohnungen, die so dringend gebraucht werden, würde ein erheblicher Teil der arbeitslosen Bauarbeiter wieder in Lohn und Brot gebracht werden. Ministerialdirektor Weher vom Preussischen Wohlfahrtsministerium behandelte das Thema: „Hauszinssteuer und Wohnungswirtschaft“. Der Referent wandte sich dagegen, daß die Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer ermäßigt werden soll. Sie müsse nach wie vor dem Wohnungsbau in erheblichem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Ueber die „Lohnfrage“ sprach Staatssekretär Krüger vom Preussischen Ministerium für Landwirtschaft. Er setzte sich für eine umfassende Siedlungstätigkeit ein. Siedlungstätigkeit bringt Erfahrungsgemäß auch Beschäftigung für Industrie und Handwerk. Auch die Umstellung von landlichen Erwerbstätigen in der Nähe der Großstadt verdient Aufmerksamkeit. Es handelt sich nicht darum, Zehntausenden eine völlig neue Existenz zu schaffen, sondern ihnen Gelegenheit zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu geben. Daneben muß aber entweder für eine Unterbringung oder Arbeitsmöglichkeit in der Industrie gesorgt werden. Der Vorsitzende, Kollege Eggert, faßte in seinem Schlußwort die Kernpunkte der Referate noch einmal zusammen und gab das Verprechen, daß die Gewerkschaften in der Fürsorge für die Arbeitslosen nicht erlahmen, und die Bemühungen für Arbeitsbeschaffung fortsetzen werden.

einem Drittel vertreten. Daneben beschäftigen auch Heimarbeiter die Nahrungsmittel- und die Maschinenindustrie, die Feinmechanik und das Holz- und Schnitzstoffgewerbe.

Die tarifliche Festsetzung der Entlohnung setzt sich auch in der Rheinprovinz immer mehr durch. Vereinbarungen oder Festsetzungen bestehen jetzt in der Brauwaren-, Textil-, Bekleidungs-, Silberwarenindustrie, in der Bauwirtschaft und Schmelzstoffgewerbe. Die Verbände der Hausarbeiter sind in manchen Industriezweigen noch recht gering. Beim Nähen von Strumpfhältern und in der Debattonalen-Industrie sind Stundenverdienste von 20 Pf. bei fleißiger Arbeit ermittelt worden. In der Metallindustrie werden Wochenverdienste von 8 bis 8 1/2 M erzielt; dabei müssen sich die Hausarbeiter für das Holen und Bringen des Materials und der Fertigfabrikate noch Abzüge von 50 bis 75 Pf. gefallen lassen, wenn sie nicht in der Lage sind, diese Gänge selbst zu besorgen. In der Eisen wird versucht, die alte ausgetriebene Heimarbeit wieder einzuführen. S. Efficin.

Erneute Verurteilung eines kommunistischen Verleumders

Am 11. September d. J. hatte sich abermals ein kommunistischer Verleumder, der arbeitslose Arbeiter Otto Wurwig, vor dem Arbeitsgericht Bad Freienwalde (Oder) wegen der gegen den Kollegen Bruno, Frankfurt a. M., erhobenen unwahren Anschuldigungen, daß er im Aufsichtsrat des Chemietrafs als und neben seinem Gehalt 25 000 M Lantime beziehe usw., zu verantworten.

Das Urteil lautete wegen Verleumdung nach § 188 StGB. in Lateinheit mit Verleumdung nach § 185 StGB. auf 50 M Geldstrafe — ersatzweise 5 Tage Gefängnis — und Tragung der Kosten des Verfahrens. Außerdem wurde dem Privatkläger die Verurteilung zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils auf Kosten des Angeklagten im „Obernärmer Preisblatt“ zu veröffentlichen.

Mit welcher Reichertigkeit berartige Straßenschnelzer vorgehen, beweist in erster Linie der ganze Gang der Verhandlung. Nicht im entferntesten wurde auch nur scheinbar der Versuch unternommen, den Nachweis für die äußerst schwerwiegenden Beschuldigungen zu erbringen. Der Beklagte Wurwig betrieß sich einzig und allein auf die in der „Noten Fahne“ erfolgte Veröffentlichung bzw. aufgestellte Behauptung.

Sichtlich der Neuerung: Die Führer der freien Gewerkschaften seien eine „Streiffächergarde“ versuchte sich W. mit der dummdreisten Behauptung herauszureden, der Kollege Bruno gehöre nicht zu den Führern der freien Gewerkschaften, er habe nur die im Hauptausdruck tätigen Verlenen — also die Kollegen des ADGB, Verlin — gemeint. Insofern leugnete demzufolge der Angeklagte das Antragsrecht des Kollegen Bruno, mit welchem Anschlägen er allerdings beim Gericht keinen Glauben fand. Das Gericht sagt vielmehr mit Recht:

... der Angeklagte bringt mit diesem Ausdruck seine besondere Mißachtung den Führern der freien Gewerkschaften und damit auch dem Privatkläger gegenüber zum Ausdruck. Ein Rechtfertigungsgrund für die Verleumdungen steht dem Angeklagten hier ebensowenig zur Seite. Der Angeklagte hat auch diese Versicherung mit Willen und Wissen gemacht; ... das ergibt die ganze Fassung des Flugblattes.

Im übrigen ist die Strafe in erster Linie deshalb nicht höher ausgefallen, weil die Willkürlichkeit (um so ungestrafter glaubt W. allerdings gewissenlos verleumden zu können) sowie wie Familienverhältnisse berücksichtigt wurden.

Demgegenüber stelle das Gericht aber ausdrücklich fest, daß es sich um eine leichtfertige Verbreitung ehrverletzender Tatsachen (gemeint sind hierunter die in der „Noten Fahne“ verbreiteten unwahren Behauptungen) handelt.

Es hätte jedoch das Unfahngesühl der kommunistischen Presse zu überschauen, wenn wir annehmen würden, daß dadurch dieser Schwundel nunmehr endgültig erledigt wäre. Wer weiß, welche neue Stupidität die Moskauer Vorkaten und ihre getreuen Fridoline schon gegenwärtig wieder aushecken.

Die Heimarbeit in Deutschland

II.

Schlesien ist bekannt als der typische Heimarbeitersbezirk der Weber, deren Begleiter Rot und Glend waren. Nach Robert Wilsbrandt schreibt schon im 17. Jahrhundert J. V. Weher, es sei besagenswert, zu sehen, wie der Schlesier bei Wasser und Brot für den reichen Augsburger, Ulmer und Holländer spinnet, der daraus den größten Gewinn hat. Aus den Jahren 1770 bis 1772 wird berichtet, daß die Not im Gebirge bei den schlesischen Webern unbeschreiblich groß sei, und 1793 bis 1794 hat entsetzliche Hungersnot geherrscht. Die Not hätte auch Anfang des 19. Jahrhunderts nicht auf, so daß 1807 Geld und Brot verteilt werden mußte. In den 20er und 30er Jahren liegt das Webergewerbe auf seinem Höhepunkt. Verheerenden, Hungertypus wurden die äußeren Ausbrüche der Glendstrankheit. In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts wurden als Wochenverdienste in Schlesien festgestellt für Weber 10 bis 20, für Flachspinner 5 bis 12 und für Fuchspinner 3 bis 5 Silbergrößen. Der Familienverdienst war oft täglich 2 bis 3 Pf. Inzwischen haben sich die Verhältnisse in Schlesien geändert. Auch die Heimarbeit hat andere Formen angenommen.

Die Verursachung 1925 hat in Nieder- und Oberschlesien 2061 berufsausübende Heimarbeiter festgestellt. Die Heimarbeiter waren tätig in der Wapp- und Spielwarenindustrie, in der Woll- und Phantasiwarenindustrie, mit Verpacken von Quarnadeln, mit Herstellung von Zappierwaren, in der Sandwebererei, in der Karneval- und Festartikelindustrie, in der Tischlerei, Gardinen- und Spitzenindustrie, mit Punt- und Weißtucherei, mit Sortieren von Vorsten und ähnlichen Arbeiten mehr.

Die zuständigen Sachausschüsse haben für die Heimarbeiter in der Woll- und Phantasiwarenindustrie Mindestentgelte zwischen 2 und 37 Pf. festgesetzt. Auch für Nähen und Stopfen von Wapp- und Tierkörpern betragen die Stundenlöhne 2 bis 37 Pf.; ebenfalls für Zappierwaren.

Außerdem geringe Verdienste erzielen die in der Hausarbeit beschäftigten Quarnadelmacherinnen. Für das Verpacken von 1000 Päckchen Nadeln gibt es 93 Pf., für größere Pakete 53 Pf. Die Höchstleistung beträgt täglich 1500 bis 2000 Päckchen.

Nach ungünstiger liegen die Verhältnisse nach wie vor bei den Hauswebern. Man hat deshalb versucht, einen Teil der weiblichen Hausweber auf eine andere Arbeit, nämlich auf Flechtarbeiten umzuschulen. Arbeiterinnen haben in der Flechtarbeit einen Tagesverdienst von 250 M erzielt. Das ist mehr als der Verdienst in der Hauswebererei. Die männlichen Hausweber haben sich a. T. auf die Anfertigung von Flechtarbeiten umgestellt, wobei gleichfalls ein erheblich höherer Verdienst erzielt werden kann.

Für die Hausarbeiter in der Karneval- und Festartikelindustrie sind vom Sachausschuß für Hausarbeit in Breslau ebenfalls Entgelte festgesetzt.

In den Hausarbeitbetrieben der Knopf- und Handschuhindustrie sind die Lohnsätze im allgemeinen tariflich festgesetzt oder lehnen sich an Lohnsätze in der Fabrik für gleiche Arbeit an. Das Aussehen der Knöpfe auf Karten ist nach wie vor sehr gering entlohnt.

Der Sachausschuß für Hausarbeit in Breslau hat die Stundenlöhne für Zappierwaren mit Wirkung vom 1. August 1925 auf 22 bis 35 Pf. für leichte oder schwerere Arbeit festgesetzt.

Für die Heimarbeit in der Gardinen- und Spitzenindustrie bestehen ebenfalls tarifliche Regelungen, die nach den Berichten der Gewerkschaften auch gehalten werden.

In der Provinz Sachsen wurden 1925 durch die Verursachung 2707 Heimarbeiter festgestellt. Sie sind beschäftigt in der Metall-, Textil-, Papier-, Spielwaren-, Glas-, Karneval- und Festartikel-, Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie.

Im Gebiet der Provinz bestehen fünf Sachausschüsse für die Hausarbeit. Durch sie wurden die Löhne in Gruppen festgesetzt. Für eine Reihe von Branchen besteht keine tarifliche Regelung.

In Schlesien werden in der Hausarbeit 11 000 Arbeiter beschäftigt. Nach der Ermittlung werden sie konzentriert und in den Handel gebracht. In der Westfälischen in ein Fachgeschäft mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 ins Leben treten werden. Zum Sitz in Jechow. Der Umkreis des Sachausschusses wurde von den Krabbelfabrikanten anfanglich sehr schwerwiegend entgegengenommen. Der Sachausschuß hat seit 1925 die Löhne der Krabbelfabrikanten festgesetzt.

Im Bezirk Hannover ist die Zahl der Hausarbeiter 1925 mit 433 angegeben. Zwei Drittel davon werden in der Bekleidungsindustrie beschäftigt. Der Rest verteilt sich auf das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, auf die Nahrungsmittel-, Kunst- und Tisch-, Textilindustrie und auf einige kleine Branchen. Die Löhne sind zum Teil tariflich geregelt.

Die Provinz Westfalen hat bei der Verursachung 1925 15 000 tätige Heimarbeiter ermittelt. Die Heimarbeit der Provinz ist in der Hauptsache im Regierungsbezirk Minden

in Deutschland

zu finden. Mit wenigen Ausnahmen sind die Löhne tariflich geregelt. Der Umfang der Heimarbeit geht aus nachstehender Tabelle hervor:

Erwerbszweig	1927		1928	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Textilindustrie	21	170	21	191
Tüftlererei	2	54	6	83
Kleiderei	—	7	—	29
Wollindustrie	44	—	42	—
Wirkwarenindustrie	2	—	3	—
Schirmindustrie	—	23	3	22
Weiden- und Korbflechterei	61	12	87	—
Zigarrenindustrie	3 978	7 777	3 449	7 091
Konfektion (Herren- und Damenkleidung)	268	2 376	288	1 822
Konfektion (Wäsche)	3	2 440	—	1 604
Zusammen	4 376	12 888	4 004	10 791

Im Bezirk Silesien-Raffin betrug die Beschäftigung von Heimarbeitern 1925 = 4483 Personen. Die Beschäftigung erstreckt sich auf das Bekleidungs- und die Zigarrenindustrie, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, die Textil- und Metallindustrie. Die Löhne sind in der Regel tariflich geregelt.

In der Rheinprovinz wurden durch die Verursachung 1925 = 22 018 Heimarbeiter festgestellt. Die drei ausschlaggebenden Industrien für die Heimarbeit sind die Metall-, Textil- und die Bekleidungsindustrie. Sie sind so zu nahezu

Internationales

Englischer Gewerkschaftskongreß und Krise

Der Gewerkschaftskongreß, der in der Woche vom 7. bis 18. September in Bristol tagte, stand im Zeichen der schlimmsten Krise, die England erlebt. Im Mittelpunkt der Krise stand das Problem der Erwerbslosenversicherung. Ueber die Frage, wie die Finanzkrise zu meistern sei, kam es zur Spaltung innerhalb der Arbeiterregierung, die schließlich ihren Sturz herbeiführte. Der Sturz erfolgte, weil die Gewerkschaften es ablehnten, ihre Hand zu Verschiebungen der sozialen Versicherungsgesetzgebung zu bieten. Ueber gab es Uneinigkeit in der Regierung: Die bisherigen Führer der Arbeiterbewegung, Macdonald, Snowden, Thomas, letzterer bisheriger politischer Sekretär des Verbandes der Eisenbahner, traten gegen den Willen der Arbeiterpartei in eine Koalitionsregierung ein. Es entstand, wie Macdonald sich aussprach, „eine Regierung der Köpfe und nicht der Parteien“. Wobei nicht vergessen werden darf, daß in Wirklichkeit die Regierungsmitglieder der bürgerlichen Parteien eben im Auftrage ihrer Parteien handelten. Nun können freilich die englischen politischen Verhältnisse mit den deutschen nicht verglichen werden. In England gibt es nur drei parlamentarische Parteien, in Deutschland aber 16! In England denkt niemand an die Schaffung eines illusionären „dritten Reiches“. Auch besteht dort keine faschistische Gefahr nach deutschem Muster. Es gibt dort niemand, der an den Grundfesten der Demokratie rütteln will.

Aber die Weltwirtschaftskrise verrät auch in England den gewöhnlichen Gang des Wirtschaftslebens. Der diesjährige Bericht weist ein gewaltiges Defizit auf. Im Kampfe gegen die Krise des Premierminister „der Köpfe“ sagte Arthur Henderson, gewasener Außenminister der Arbeiterregierung und Führer der jetzigen Oppositionspartei, in der Parlamentsitzung vom 8. September: „Man hat mir vorgeworfen, ich sei von allem Anfang an der Führer derjenigen Gruppe gewesen, die sich gegen jede Kürzung der Unterstützungssätze wehrt, und darauf bin ich stolz.“

Das ist die Note, die auch den Gewerkschaftskongreß besetzte. Aber der Kongreß befaßte sich noch mit einem anderen Problem, und das ist das der internationalen Finanz. Arthur Hayday, der ehrwürdige Pionier des Verbandes der ungelerten Arbeiter und diesjähriger Präsident des Kongresses, sagte in seiner Präsidentschaftsrede:

„Bis es uns gelingt, die Banken zu kontrollieren, werden die Banken uns regieren!“

Mehr und mehr zeigt sich, daß hier der Schlüssel zur Lösung der Weltwirtschaftskrise liegt. Und es ist an der Zeit, dieses Problem ernstlich zu studieren. Die gestürzte Arbeiterregierung hatte 1929 zur Untersuchung des Finanzwesens mit Berücksichtigung der Weltwirtschaftslage einen Ausschuss eingesetzt, der unter dem Namen MacMillan-Ausschuss einen Bericht veröffentlichte. In diesem Bericht findet sich folgende Stelle:

„Jedes Stadium der Geschichte beweist nach unserer Meinung, daß das Grundgeheimnis aller sozialen Störungen immer in der Veränderung des Preisniveaus und in der daraus folgenden veränderten Lage von Schuldnern und Gläubigern, Unternehmern und Arbeitern zu finden ist.“

„Es fällt wirklich nicht schwer“, schreibt der englische Sozialist H. N. Brailsford am 8. September im „Tagebuch“, „gerade aus der jüngsten Zeit Beispiele heranzuziehen, die dies bestätigen. In Burma sanken im vorigen Jahr die Reispreise auf die Hälfte; heute befinden sich die bäuerlichen Pflanzler vieler Bezirke in bewaffnetem Aufstand. Weizen, Jute, Reis, ja tatsächlich alle Feldfrüchte, von denen der indische Bauer abhängig ist, um Pacht, Steuern und die unbilligen Forderungen der Geldverleiher zahlen zu können, fielen im vergangenen Jahre mit der Plötzlichkeit eines Tropensturms um ungefähr 50 Prozent, von da an waren die Massen bereit, Ghandis Ruf zu folgen. Wollte fiel um 40 Prozent; Australien gab den Goldstandard auf und zappelt seitdem in der Faust seiner Gläubiger in der Londoner City. Letzten Endes lag der Fall Deutschland genau so. Wenn die Young-Kommission noch Ende 1923 die Zahlungsfähigkeit Deutschlands den damaligen Verhältnissen entsprechend vernünftig einschätzte, so ist diese Berechnung inzwischen durch das Ansteigen des Goldwertes um 32 Prozent zu hoch geworden. Ohne Zweifel haben, wie der MacMillan-Bericht sagt, die Auswirkungen dieses heftigen Niedergangs der Preise auf die politische und soziale Stabilität Probleme geschaffen, die an Bedeutung alle übrigen Fragen unserer Zeit und Generation übertreffen.“

Der MacMillan-Bericht ist der Ansicht, daß die Ursache des Übels in der mangelhaften Geldzirkulation zu suchen ist. „Wenn der Wert des Geldes sich stark verändert, muß Chaos die Folge sein“, heißt es im Bericht. „Es entstehen äußerste Härten und Ungerechtigkeiten sowie große Verluste des Einkommens, des Vermögens und der produktiven Kräfte.“

Die Unternehmer schreien dann nach Abbau der Löhne und der staatlichen sozialen Leistungen, was der MacMillan-Bericht als Unsinn ablehnt. Hier also erwachsen der internationalen Gewerkschaftsbewegung neue gewaltige Aufgaben. Soll die Welt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden, so müssen die internationalen Beziehungen der Völker auf eine ganz neue Basis gestellt werden. Der Generalrat der englischen Gewerkschaften machte auf dem Kongreß zur Lösung des Problems folgende Bemerkungen und Vorschläge:

I. Das Versagen der Industrie, sich den Bedürfnissen der Nachkriegszeit anzupassen, trägt einen großen Teil der Schuld an der unglücklichen Weltwirtschaftslage. Ferner (Fortsetzung auf Seite 270.)



Tariffündigung in der deutschen Flaschenindustrie

Die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken hat die Lohnabkommen mit sämtlichen Betriebsvereinbarungen zum 31. Oktober 1931 unter Hinweis auf die Mündigungsbestimmungen der Lohnabkommen im § 2 Ziff. 3 des Mantelkarifvertrages aufgekündigt.

Die jetzige Wirtschaftslage soll dazu ausgenutzt werden, die Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer in der deutschen Flaschenindustrie noch mehr zu verschlechtern. Nur Lohnabbau kann zur Gesundung der Wirtschaft führen, das ist die Parole, die die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände seinen Untergruppen empfiehlt. Dabei wird die deutsche Volkswirtschaft immer mehr unterhöhlt. Die Schwächung der Löhne und Gehälter im letzten Jahre hat geradezu katastrophale Auswirkungen für die davon Betroffenen wie auch für Staat und Gemeinden gehabt. Nicht ein Arbeiter mehr ist in den Betrieben trotz Verbilligung der Produktion durch Lohnabbau eingekehrt worden. Im Gegenteil, durch die Einschränkung der Kaufkraft und der immer größer werdenden Absatzverzögerung ist die Krise stärker denn je geworden.

Die deutsche Flaschenindustrie hat unter der Einschränkung der Kaufkraft selbst mit stark zu leiden. Trotzdem marschiert sie auf dem Wege der Inflation, und zwar des weiteren Lohnabbaues ruhig mit weiter. Dabei wollen die Industriellen noch nicht einmal in den Verdacht geraten, daß sie mit ihren Forderungen asoziale Handlungen begehen. Von sozialem Verständnis wird die Arbeiterschaft der deutschen Flaschenindustrie in den letzten zwei Jahren wenig gespürt haben. Die Flaschenindustrie sollte sicher an anderen Stellen

noch größere Einsparungen vornehmen, ohne damit die Arbeiterschaft zu belasten. Für die nutzlos stillliegenden Werke, für die nicht arbeitenden Maschinen und für die Fehlleitungen von Kapital soll der Arbeiter wieder haftbar gemacht werden. Deshalb erneuter Lohndruck! Dabei ist festzustellen, daß die Flaschenindustrie bei der Frühjahrslohnbewegung und bei den nachfolgenden Tarifschiedsgerichtsentscheidungen bezüglich Festlegung von Akkordpreisen doch wirklich nicht schlecht abgeschnitten hat.

Die Arbeitnehmer haben schon in der Zwischenzeit Belastungen ertragen müssen, die für einige Gruppen kaum noch als erträglich zu bezeichnen sind. Wir werden bei Verhandlungen den Industriellen und auch eventuell den Behörden nachweisen, daß an den Löhnen der Beschäftigten in der deutschen Flaschenindustrie nichts mehr eingespart werden kann. Der Lohnanteil in der deutschen Flaschenindustrie spielt bei den gesamten Herstellungskosten infolge der gesteigerten Produktion durch Maschinenarbeit fast überhaupt keine Rolle.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Arbeitgeber Hilfe von unparteiischen Stellen erwarten können. Die Vorschläge in der deutschen Flaschenindustrie werden aus dem Vorgehen der Vereinigung Deutscher Flaschenfabrikanten erkennen, daß es nun erst recht gilt, die Röhne zusammenzubeißen, um auch die jetzt entstandenen Schwierigkeiten gemeinsam zu beseitigen. Es werden auch wieder einmal andere Zeiten kommen; dann wird sich das, was die deutsche Industrie, insbesondere die Flaschenindustrie durch kurzfristige Handlungen begeht, billiger rächen.

endlich zum Stillstand gebracht werden müssen. Die Hütte wird erst dann lebensfähig werden, wenn die inneren Betriebs-einrichtungen unverzüglich geschaffen werden, und wenn die jetzige Firma nicht in die Hölle verfällt, die die frühere Firma seit Jahrzehnten begangen hat. Man hat in den guten Jahren den erzielten Verdienst aus der Hütte herausgezogen und nichts, auch gar nichts für Verbesserungen und Neuaufstellungen in den Betrieb hineingelegt. Eine solche unverantwortliche Handlungsweise soll nunmehr auf dem Rücken der Arbeiter ausgegossen werden, und die Arbeiterschaft hat es fast für die Sünden in der Vergangenheit dauernd durch Lohnherabsetzungen den Rücken heranzuhalten. P. Hertwig.

Karl Bettin †

In voller Mäßigkeit, nur von wenigen Tagen der Krankheit unterbrochen, machte ein Gehirnschlag dem Leben unseres Kollegen Karl Bettin ein plötzliches Ende. Geboren wurde er am 12. Dezember 1859 zu Lützenhain in Westpreußen. Nach Stilllegung der dortigen Glashütte siedelte seine Eltern nach Charlottenburg über. Karl mußte in seiner frühesten Jugend als Einzelner arbeiten und erlernte demnach Entlassung aus der Schule in Dresden den Flaschenmacherberuf. Hier lernte er auch Georg Horn kennen. Nach beendeter Lehre lehrte er nach Charlottenburg zurück. Von hier kam er nach Verresheim, wo er sich 1884 verheiratete.

Als Bismarck 1887 den Reichstag auflöste, war Karl Bettin ein fleißiger Agitator unter dem Sozialistengesetz für die Sozialdemokratische Partei. Mit 6 Kollegen wurde er wegen seiner Tätigkeit gemahregelt, siedelte dann nach Jbberu über in Westfalen über und von dort nach Oldenburg. Dort begann wieder ein neues Tätigkeitsfeld für ihn. Er agitierte dafür, daß Horn 1889 als Delegierter zum Marxisten-Kongress in Paris gewählt wurde. In dieser Zeit war in Oldenburg schon der Fachverein gegründet, dessen Vorstand er mit angehörte. Als am 1. Oktober 1890 der Zentralverband der Glasarbeiter Deutschlands gegründet wurde, übernahm er die Leitung der Zehnstelle Oldenburg. Nach der Ausperrung in den Glashütten zu Bergedorf, Ottenfen und Flenzburg, wurden im März 1891 mehrere Kollegen wegen Selbstmordung für die genannten Orte gemahregelt, darunter war auch Bettin. Von dort, wo er auf die Schwarze Lise gesetzt wurde, kam er dann nach Brunsbüttel und Westerbüden und dann wieder nach Charlottenburg. Als da die Hütte 1891 stillgelegt wurde, verlor er nach Helmstedt und von dort nach Hildesheim zur Glashütte. Auch hier war seines Weibens nur von kurzer Dauer. 1893 ging er nach Saige-Tauern in Ungarn, von wo er nach dreijähriger Tätigkeit mit mehreren Kollegen wegen sozialpolitischer Intrigue landesverwiesen wurde. Er fand dann auf der Stralauer Glashütte wieder Beschäftigung. Hier gehörte er der Verlegungs- und Agitationskommission an und war zwei Jahre unbesoldetes Mitglied des Zentralvorstandes. Im Kriege übertrug man ihm den Bevollmächtigtensposten der Zehnstelle Stralau. Als 1926 Betriebsvereinsführer einzutreten, gehörte auch er zu den Abgeordneten und lebte dann als Rentempfänger bis zu sein Lebensende.

So stand Kollege Bettin während seiner 47jährigen Berufstätigkeit in den verschiedensten Reihen der Organisation. Ein tüchtiger, treuer Mensch, ein Kollege, der trotz mancher erlittenen Mißnisse mit allen Kräften seines Herzens im Berufsstandgedanken wurzelte. Ein ehrendes Andenken ist ihm gewiß!

Hindenburg

In Hindenburg wurde die neulich in Betrieb genommene Glasfabrik, in der bereits 120 Arbeiter beschäftigt waren, durch Stillgelegt, daß der Gaslieferant das Gas verriet. Die Stöckwerke legten das Werk still, weil es vier Tage mit der Bezahlung seiner Gasrechnung in Höhe von 910 RM im Rückstande war. Die Stöckwerke gehören der Großindustrie, die damit ihren größten Einzelabnehmer in einer Zeit der Not, in der soviel gekündet werden muß, einfach den Betrieb stilllegte. Wenn die Gaslieferanten so rigoros vorgehen, müssen sich die Glasfabriken bitten, ihre Betriebe von fremder Gaslieferung abhängig zu machen. Es ist unerhört, daß Privatindustrielle wegen 910 Mark einfach 120 Arbeiter brotlos machen. Die Stöckwerke sollten nun gezwungen werden, den 120 Arbeitern den Verdienstausfall zu ersetzen.

Stellungnahme

zu der Tätigkeit der Internationalen Kommission der Flaschen-Industrie

Zu diesem Thema führte Müller-Deutschland auf der Eröffnungssitzung in Paris folgendes aus:

Die Bildung der Kleinen Internationalen Kommission für die Flaschen-Industrie hatte ihre Ursache einmal in dem fortwährenden Ausbleiben der Zahlung der Arbeitnehmer und der Organisationsvertreter der einzelnen Länder in den Lohn- und Tariffragen durch die Arbeitgeber, und zum anderen hatte die rasch fortschreitende Entwicklung in so verheerender Weise in dieser Industrie eingegriffen, daß eine möglichst eingehende und einwandfreie Untersuchung und Feststellung dieser Entwicklung sich als notwendig erwies. Diese Untersuchungen und Feststellungen sind in zwei Sitzungen unter Zuhilfenahme einer inzwischen aufgenommenen Statistik gemacht, und soll in einer weiteren Sitzung nimmere beraten werden, welche Möglichkeiten den Arbeitnehmern gegeben sind, praktische Vorschläge zu machen, die im Interesse der Arbeitnehmer dieses Industriezweiges liegen. Die ganze Arbeit der Kleinen Internationalen Kommission ist also zu betrachten als eine spezielle und zweckmäßige zur besseren Unterstützung der zu leistenden Arbeit durch das Internationale Sekretariat der Glasarbeiter.

Die im Februar 1931 angenommene Statistik für die europäischen Länder hat trotz vorhandener Mängel mit Klarheit ein so lebendes Bild für die Beschäftigten in der Flaschen-Industrie aufgezeigt, daß für jeden von uns die Pflicht besteht, darüber nachzudenken, wie der Hauptfaktor der Wirtschaft, der Mensch, wieder in den Mittelpunkt gerückt werden kann. Der gelehrte Arbeiter ist fast vollkommen verdrängt. Knapp 3 Prozent der gelehrten Kräfte gegenüber 1913/14 waren in Deutschland nach der Statistik beschäftigt, und der höchste Stand wurde in der Tschechoslowakei mit 27 Prozent festgesetzt. Der durchschnittliche Prozentsatz der beschäftigten gelehrten Kräfte betrug 10,8 für die der Statistik zugrunde gelegten Länder.

Die Zweckmäßigkeit der Einsetzung dieser Kommission für einen bestimmten Zeitraum hat sich insbesondere jetzt erwiesen infolge des starken Treibens der Arbeitgeber in Deutschland und der Tschechoslowakei auf Einführung der Sonntagsarbeit an den Owens-Maschinen in der Flaschen-Industrie. Gegenständig spielen sich die Arbeitgeber in den einzelnen Ländern in der Unternehmung zu und einig in ihrer Forderung auf Einführung der durchgehenden Sonntagsarbeit, weisen sie hin auf die Konkurrenz des anderen Landes. In Deutschland verweisen die Arbeitgeber auf die Einführung der Sonntagsarbeit in der Tschechoslowakei, Belgien, Frankreich, England und Amerika, und umgekehrt sagen die Arbeitgeber, z. B. in der Tschechoslowakei, daß die Konkurrenz in Deutschland durch Einführung der Sonntagsarbeit an vollautomatischen Maschinen sie zu der Forderung zwingt. An der Wilhener Kammer-Session der Tschechoslowakischen Republik vom 1. September 1931 steht zu lesen, daß die Handelskammer-Zentrale an das Handelsministerium einen Antrag auf Bewilligung der Sonntagsarbeit an Owens-Maschinen gestellt hat, weil in Deutschland diese bereits eingeführt sei. Wörtlich heißt es in dem Schreiben an das Ministerium:

„Durch die Bewilligung der Sonntagsarbeit (in Deutschland) würden unsere Fabriken, die an Sonntagen nicht arbeiten können, in ihrer Konkurrenzfähigkeit ziemlich geschädigt und, um dies Mißverhältnis zu beseitigen und den Vorteil der deutschen Fabriken zu paralisieren, bleibt nichts anderes übrig, als in den tschechoslowakischen Fabriken, die automatisch arbeiten, die Sonntagsarbeit zu bewilligen und die zitierte ministerielle Verordnung nach dem Antrage der Glasindustrie abzuändern.“

In Deutschland haben zu gleicher Zeit die Industriellen einen Antrag an das RMW wegen Bewilligung der Sonntagsarbeit gestellt. So werden die Industriellen, diese Treiber der Arbeitgeber in den einzelnen Ländern sofort aufgegedet und im Interesse der Arbeitnehmer dieses Industriezweiges verwertet zu haben. Wegen die Einführung der Sonntagsarbeit werden wir uns mit aller Entschiedenheit. Sie ist aus technischen Gründen an Owens-Maschinen keine Notwendigkeit und bedeutet kulturell einen Rückschlag stärkster Art. Volkswirtschaftlich ist ebenfalls kein Erfolg an Verzicht; vielmehr besteht eine event. Einführung der Sonntagsarbeit an Owens-Maschinen eine um so viel früherer Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer, die gewöhnlich im letzten Drittel des Jahres zu verzeichnen ist. Außerdem muß festgehalten werden, daß Fabriken, die sonst in Betrieb gesetzt werden müssen, durch die Einführung der Sonntagsarbeit liegen bleiben.

Die in „Inelle Cante“ in der Flaschen-Industrie und die dadurch in so harter Weise freigegebenen Arbeitskräfte, vornehmlich der gelehrten Arbeiter, zwingt dazu, die Frage der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich in den Vordergrund zu bringen. In den kontinuierlichen Betrieben kann vier Schichten à 8 Stunden gearbeitet werden, und ist mindestens ein teilweiser Lohnausgleich möglich. Der Lohnfaktor spielt in diesem mechanisierten Betriebe die bedeutende Rolle wie früher nicht mehr.

Die Mitglieder der Kleinen Internationalen Kommission sind sich bewusst, daß sie nur eine Teilarbeit verrichten können.

weil das bestehende Gesellschaftssystem sie dazu zwingt. Diese Teilarbeit gerade in der jetzigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit ist aber unsere Pflicht. Sie liegt im Interesse der Arbeitnehmer in der Flaschen-Industrie und dient als Expresse in dem weiteren Aufbau unserer Forderungen zur Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft.

Rheinische Glashütte A.-G., Köln-Chrenfeld

Die vor dem Schlichtungsausschuss geführten Lohnverhandlungen, die mit dem Ergebnis geendet haben, daß der Stundenlohn für die Glasmacher von 1,20 RM auf 1,10 RM reduziert worden ist, hat die Firma abgelehnt. In einer Bekanntmachung am 22. September 1931 gibt die Firma der Belegschaft Mitteilung davon, daß sie ab 3. Oktober 1931 reduzierte Löhne zur Auszahlung bringen wird. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

„Bekanntmachung.“

Die bis jetzt gezahlten Löhne werden hierdurch zum 2. Oktober 1931 gekündigt.

Vom 3. Oktober 1931 gelangen reduzierte Löhne zur Auszahlung, die noch bekanntgemacht werden. Sollte durch Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts oder Vergleichens vor dem 3. Oktober eine verbindliche Lohnregelung zustandekommen, so wird die vorstehende Bekanntmachung hinfällig.“

Die Arbeiterschaft hat sich am 23. d. M. mit dieser Bekanntmachung beschäftigt und die Organisationsbeauftragten, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts beim Schlichter für das Rheinland zu beantragen. Sollte die Firma die Löhne eigenmächtig herabsetzen, so sind die Organisationsbeauftragten ermächtigt, die Beträge, die unter den gefällten Schiedspruch liegen, am Arbeitsgericht einzuklagen.

An der Versammlung kam auch deutlich zum Ausdruck, daß die seit dem Jahre 1926 dauernd geübten Lohnrückereien



Porzellanfabrikanten wollen Lohnabbau

Nach über einem Jahre andauerndem Lohndruck und nachdem erst ab Februar d. J. die Tariflöhne in der feinkeramischen Industrie generell um 6 Proz. abgebaut worden sind, haben die Porzellan- und Steingutfabrikanten erneut den Lohnvertrag zum 31. Oktober d. J. gekündigt.

Gründe für die Kündigung wurden nicht gegeben, jedoch bemerkt, daß man ein neues Lohnabkommen abschließen wolle. Die Löhne sind anscheinend noch zu hoch, sie sollen weiter herabgesetzt werden. Vielleicht hat man auch nur die allgemeine Unternehmervolllist „Anpassung der Löhne an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse“ im Auge und macht den Himmel eben mit.

Wir sind ja auf diesem Gebiet einiges über das Verantwortungsgesühl der Herren „Wirtschaftsführer“ gewöhnt. Die Spitzengewandte des Unternehmertums in Deutschland aus der Industrie, dem Bankgewerbe, dem Handwerk, dem Einzel- und Großhandel und dem Grundbesitz, der natürlich nicht fehlen darf, haben an die Reichsregierung einen Appell gerichtet, „in voller Unabhängigkeit von Interessenten- und Parteipolitik sofort zur Rettung der deutschen Wirtschaft aus der Erschöpfungstiefe vorzugehen“. Wenn Arbeitgeber von der Wirtschaft reden, dann meinen sie immer ihren Geldbeutel. Ob diese Herren, die keine Interessenten der Wirtschaft sein wollen, auch an einen Abbau der Parteien und Syndikate gedacht haben, wird nicht gemeldet.

Die Arbeitgeber der deutschen feinkeramischen Industrie unterscheiden sich nach dem letzten Mündigungsakt in nichts mehr von den Unternehmern anderer Branchen, die als Schamacher bekannt sind. Müßiglos gegen die Arbeiter, das ist auch ihre Parole. Was wollen die Unternehmer der Porzellanindustrie mit der Kündigung erreichen? Niedrigere Löhne, um die Wirtschaft anzukurbeln? Wenn das möglich wäre, müßte in Porzellan- und Steingutartikeln Hochkonjunktur sein. Seit 1 1/2 Jahre baut man unentwegt ab. Innerer Verdruss macht die Abbau, der direkt und indirekt erfolgt ist, 25 Proz. der Lohnkosten aus. Und der Erfolg? Trotz Senkung des Lohnkontos heute größere Arbeitslosigkeit als vor 1 1/2 Jahren. Oder vielleicht gerade deswegen, weil durch vermindertes Einkommen die Kaufkraft des Volkes ungeheuer geschwächt wurde und weil Leute, die noch hätten kaufen können, abgewehrt worden sind und auf noch niedrigere Preise warten. Oder machen die Porzellanfabrikanten jetzt auch mit in Politik? In großer Politik? In Dingelding Politik? Immer feste auf die Arbeiter. Dann ist es beim Porzellanarbeiter am folgenden Obiekt geschehen. Die Porzellanarbeiter sind schon auf der untersten Lohnstufe angelangt. Noch niedrigere Löhne werden sich an der Leistungslosigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen geltend machen, davon können die Fabrikanten überzeugt sein.

Es ist eine Schande, wie wenig in der Porzellan- und Steingutindustrie für die einzelnen Artikel im Akkord gezahlt wird und wie Arbeiter und Arbeiterinnen schuften müssen, um noch etwas zu verdienen. Die große Fresslichkeit mußte einmal erfahren, daß ein 24-cm-Teller, festem weiß, 1,89 Pf. Lohn aller Sorten und mit Gehalt, also Lohn und Gehalt zusammen, 2,88 Pf. der Vertriebsleistung kostet. Dabei wird dieser Teller im Laden mit 58 Pf. verkauft. Es ist kein Druckfehler, 1,89 Pf. Lohn, 2,88 Pf. Lohn inklusive Gehalt und dagegen 58 Pf. Verkaufspreis.

Ein 19-cm-Teller mit Goldrand und Linie kostet Lohn und Gehalt 3,4 Pf., verkauft wird der Teller mit 65 Pf.

Eine 15-cm-Schale mit Wuldrand und gerändert macht 3,88 Pf. Arbeitslohn. Verkauft wird diese Schale mit 95 Pf.

Eine Waife, 25 cm hoch, weiß, Lohn 15 Pf., Lohn und Gehalt 23 Pf., verkauft wird diese Waife mit 625 RM.

Eine Kaffeekanne, 2 1/2 Liter, Indischblau mit Goldrand, Arbeitslohn 1,14 Pf., Verkaufspreis: sage und schreibe: Sechs Reichsmark!

Das sind Preise! Da können sich die Löhne der armen Porzellanarbeiter dahinter verdecken. Und wir haben noch nicht gemerkt, daß die Porzellanfabrikanten Front gegen solche Zustände machen. Im Gegenteil, als wir im Enquete-Ausschuss auf diese Differenzen aufmerksam machten, warfen sich Händler, Großhändler, Exporteure und Fabrikanten gegenseitig die Wälle zu und verhielten sich gegenwärtig, daß sie nicht zu viel verdienen. Aber die Arbeiter, die verdienen müßten, wenn sie als Lohn 3 Proz. vom Verkaufspreis erhalten.

Und außerdem verlangt man Verabreichung, möglichst Aufbesserung der Tarifverträge. Es hat Zeiten gegeben, wo auch die Porzellanfabrikanten froh waren, daß sie einen Tarifvertrag hatten und sie sich hinter den Tarifvertrag versteckten. Das werden sich die Arbeiter merken müssen. In der letzten Inflationszeit waren die Arbeiter nicht bald so anmaßend wie heute die Unternehmer. Dabei wagten die Arbeiter damals, daß die Unternehmer nach Golddollars verkauften.

Die Kündigung des Lohnabkommens zeigt die Porzellanfabrikanten in ihrer wahren Gestalt. Unbarmherzig, rücksichtslos gegen diejenigen, die die Werte schaffen. Die Arbeiter sollten sich ein Beispiel daran nehmen und ebenso geschlossen zusammenhalten.

Gera

Der Schmittler Tod hat wieder einen älteren langjährigen Kollegen, welcher seit 1902 in unseren Reihen stand, dahingerafft. Der Porzellanarbeiter Emil Schneider, zuletzt in der Langenberger Porzellanfabrik beschäftigt, hat in der gewerkschaftlichen Betätigung immer seine Pflicht erfüllt. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten.

Giltschädigung auch in der Tischschloßwafer

Das Verbandsorgan unserer tschechoslowakischen Kollegen meldet, daß es auch in der Tischschloßwafer den unangenehmen Bemühungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gelungen ist, einen Gesetzesentwurf über entschädigungs-pflichtige Berufsfrankheiten zu erreichen. Das Gesetz selbst soll am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Der „Glas- und Keramikarbeiter“ schreibt dazu:

„Das Gesundheitsministerium hat einen Regierungsentwurf über die Entschädigung der Berufsfrankheiten, die nunmehr den Betriebsunfällen gleichgestellt sind und in die Unfallversicherung einbezogen werden sollen, ins interministerielle Verfahren geleitet. Damit steht endlich eine alte Forderung der gesamten Arbeitererschaft unmittelbar vor ihrer Erfüllung, vor allem dank dem neuen Geist, der seit der Amtsübernahme durch einen sozialdemokratischen Minister in dieses Ministerium eingeblasen ist.“

Der Entwurf bestimmt, daß die einschlägigen Gesetze über die Arbeiterunfallversicherung auch auf die Berufsfrankheiten ausgedehnt werden. Als Berufsfrankheiten gelten die in einem Anhang ausdrücklich angeführten Krankheiten, soweit sie durch die Ausübung der Beschäftigung in einem unfallversicherten Unternehmen der betreffenden Gattung verursacht werden. Das Verzeichnis umfaßt 20 Krankheiten, darunter die Schädigungen durch verschiedene gewerbliche Gifte, Infektionskrankheiten in gefährdeten Betrieben, schwere Fälle von Lungenerkrankungen infolge Einatmung von Staub und schließlich auch den Lungenkrebs, die Berufsfrankheit der Joachimshaler Bergarbeiter.

Der Effekt der Vorlage besteht darin, daß in den angeführten Fällen von Berufsfrankheiten mit dem Beginn der 7. Woche der Krankheit bzw. der Arbeitsunfähigkeit die Unfallversicherung der Betroffenen eine Rente nach dem Unfallversicherungsgesetz auszusprechen hat. Gegenüber den bisherigen Leistungen der Krankenkasse bzw. der Sozialversicherung ist diese Rente um ein Bedeutendes höher.

In unserer Sozialgesetzgebung gänzlich neu ist die weitere Bestimmung, daß im Falle der Befürchtung, daß die Berufsfrankheit bei weiterem Verbleib des Erkrankten in dem Betrieb sich wiederholen oder verschlimmern könnte, dem Erkrankten durch den Träger der Versicherung eine zeitweilige Rente gewährt werden kann, wenn er diese gesundheitsschädliche Beschäftigung aufgibt. Diese Rente soll dem Empfänger den Übergang zu einem neuen, weniger schädlichen Beruf ermöglichen.

Die Vorlage soll am 1. Oktober in Kraft treten. In berücksichtigten Fällen soll sie aber bereits auf Berufsfrankheiten zurückgeführt werden, die schon früher, längstens aber am 1. Januar 1923, eingetreten sind.“

Wenn der Entwurf Gesetz wird, besteht die Entschädigungspflicht für Staublungenkrankung in drei Ländern: Deutschland, England und in der Tschechoslowakei. In Dänemark ist durch die Sozialdemokratische Partei ein ähnlicher Antrag im Storting eingebracht und im Ausschuß des Parlamentes bisher mit gutem Erfolg aufgenommen und beraten worden.

Auch in Holland und Frankreich sind Bestrebungen im Gange, die bezwecken, die Berufsfrankheit der Keramikarbeiter Unfällen gleichzustellen bzw. für die Opfer dieser Krankheit Renten durchzusetzen.

Man kann wohl sagen, daß diese Erfolge nicht zum wenigsten auf die unausgesetzte Beobachtung und Förderung dieser für alle Keramikarbeiter wichtigen Frage durch die Internationale Föderation der Keramikarbeiter zurückzuführen sind. Wie schon einmal an dieser Stelle berichtet werden konnte, soll die Frage der Giltschädigung auf der nächsten Tagung der internationalen Arbeitskonferenz des I.M. im Jahre 1932 in Genf einen wichtigen Beratungspunkt bilden.

Tempo! Tempo!

Wie stark auch in der Porzellanindustrie Leistungssteigerungen zu verzeichnen sind, haben wir des öfteren in unserem Fachorgan dargelegt. Es wird auch von den Unternehmern gar nicht mehr bestritten. Einige Unternehmer möchten aber die Leistungen ins Unermessliche steigern, und die Firma Thomas in Marktredwitz hatte sich seinerzeit sogar dem Bedaughsystem verschrieben, um auf diese Weise alle anderen Betriebe in den Schatten zu stellen. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes lehnte damals die Einführung des Bedaughsystems geschloffen ab. Wie recht sie damit ist, wollen wir heute mit nachfolgenden Ausführungen beweisen:

Nachdem es der Direktion der Vereinigten Glasstoff-Fabriken, Bert Elsterberg, gelungen ist, so schreibt der „Textilarbeiter“, in den Abteilungen Spulerei, Weiserei und Sortierungen das Bedaughsystem durchzuführen, geht sie nunmehr dazu über, auch in der Spinnereiabteilung dieses System einzuführen. Das Vorgehen ist geradezu brutal. Drei Personen sollen in Zukunft zehn Spinnmaschinen bedienen. Die überflüssig gewordenen Kräfte sollen vorläufig Hofarbeit verrichten, während von den in der Spinnerei zurückgebliebenen Kräften eine unerhörte Mehrleistung verlangt wird. Man hat den Arbeitsgang des Spinners in drei verschiedene Arbeitsvorgänge zerlegt. So soll ein Arbeiter nur die Spulen auf- und abstecken, ein weiterer nur die Düsen kontrollieren, waschen und die Fäden überführen, eine dritte Hilfskraft soll das Reinigen der Spinnmaschinen besorgen. Aus den Schilberungen der Kollegen, die nur einige Tage diese Tätigkeit ausüben mußten, geht hervor, daß ihnen die Arbeit direkt zur Hölle geworden ist. Außer der vierstündigen Frühstückspause innerhalb der acht Stunden bleibt keine Zeit, um die Notdurft zu verrichten. Körperliche Höchstleistungen werden bei dem Spulen-Auf- und-Abstecken verlangt, die über die Grenze des Erträglichsten hinausgehen und bei einer Anzahl Spinner schon in wenigen Tagen zu einer solchen Erschöpfung führten, daß sie unfähig waren, die Arbeit fortzusetzen. Aus anderen Schilderungen geht hervor, daß dieses übersteigerte Tempo jedes Lebensvermögen ausschaltet und zu Nerven Zusammenbrüchen führt. Die ganze Schwere des betrieblischen Verlängens seitens der Direktoren läßt sich erst dann voll begreifen, wenn man dabei berücksichtigt, daß bei schlechter verborbener Luft diese Höchstleistungen verlangt werden.“

Vor diesem „System“ behüte uns der Himmel und der geschlossene Abwehrwille der Porzellanarbeiter.

A.G. und zur Schließchen. Portland-Zement-Industrie in Döbeln suchen wird.

Diese beiden Unternehmen stehen selbst untereinander in enger Beziehung; 1920 schlossen sie einen Interessengemeinschaftsvertrag. Ende vorigen Jahres wurde der Zusammenschluß durch Aktientausch und gegenseitige Aufsichtsratsvertretung noch bedeutend enger gefaltet. Jede Gesellschaft besitzt von der anderen ein Aktienpaket von etwa 7 Millionen.

Daß diese beiden Gesellschaften sich zusammengelunden haben, ist besonders auffällig, weil ihre Absatzgebiete gänzlich anders gelegen sind. Sie stehen sich nicht als Konkurrenten gegenüber. Selbst bei späterer Auflösung der Syndikate dürften sich ihre Interessengebiete kaum überschneiden. Der Anstoß zu dem Zusammenschluß wird vermutlich seinerzeit von der Heidelberger Gesellschaft ausgegangen sein, die sich plötzlich von Dyckerhoff und Widning eingeeignet fühlte und deshalb bei der Schließchen Gesellschaft Anknüpfung suchte.

Lange Zeit hindurch erinnerte die Situation der Zementindustrie an militärische Aufmarschpläne. Die einzelnen Gruppen standen sich feindlich gegenüber und suchten in ihrer oft unangenehmen Lage nach Verbündeten.

Mit der jetzigen Vereinigung von Widning und Dyckerhoff schließt ein Kapitel in der Zementindustrie, das für alle finanziell Beteiligten weit unangenehme Folgen hätte haben können. Borerkt steht es so aus, als ob Widning allein die Beche wird bezahlen müssen. Für die Familie Dyckerhoff scheint die Stellung borerkt gesichert zu sein.

Lange kann es nun nicht mehr dauern, dann werden sich auch zwischen der neuen Gesellschaft und der Interessengemeinschaft Heidelberger-Schließchen nähere Beziehungen anbahnen. Vorläufig sind die Fäden noch recht lose, obwohl sie bereits an einigen Gesellschaften gemeinsam durch Aktienbesitz interessiert sind.

Kommt die Vereinigung aber zustande — und wir zweifeln nicht daran, daß dies in der nächsten Zeit geschehen wird —, dann werden etwa 80 v. H. der gesamten deutschen Zementproduktion von einer Stelle aus dirigiert werden. Vielleicht schließen sich dann auch noch diejenigen Gesellschaften an, die sich wie Germania, Hannover, bisher ferngehalten haben, ohne es indessen verhindern zu können, daß ein (allerdings geringer) Teil der Aktien in den Besitz von Widning kam. Daneben stellt noch die Schäfer-Gruppe, Hannover, mit etwa 4 v. H. der deutschen Zementproduktion einen bedeutsamen Faktor dar.

Vor dem Kriege umfaßte die deutsche Zementindustrie fast nur einzelne selbständige Fabriken. Der Konzentrationsprozeß setzte dann von den verschiedenen Seiten aus ein, und man wird nicht mehr lange zu warten haben, dann werden auch die bereits angebahnten internationalen Finanzverflechtungen größeren Umfang annehmen.

Baustoffbilanzen

Das Statistische Reichsamt veröffentlichte jetzt die Bilanzen der Aktiengesellschaften, die zwischen dem 1. Oktober und 31. Dezember 1930 ihre Abschlüsse gemacht haben. Die Ergebnisse sind aus dem Grunde nicht uninteressant, weil die Abschlüsse in eine Zeit fallen, wo die Wirtschaftskrise bereits ihren katastrophalen Zustand erreicht hatte. Man sieht daran, daß die Baustoffindustrie, die mit 59 Aktiengesellschaften unter den 1423 Gesellschaften, deren Bilanzen veröffentlicht sind, vertreten ist, in der Krisenzeit ganz gut abgeschnitten hat. Wohl ist die zur Verteilung gelangte Dividendensumme der 59 Gesellschaften von 15 Mill. RM. im Jahre 1929 auf 9 Mill. RM. im Jahre 1930 gefallen, und die Durchschnittsdividende ging von 7 auf 4,2 Proz. zurück. Aber dieser Rückgang kann nicht als erheblich angesehen werden. Die Zahl der Gesellschaften, die eine Dividende von 5 bis 10 Proz. auf das Aktienkapital verteilten, ist gestiegen; zurückgegangen sind dagegen die Gesellschaften mit einer höheren und niedrigeren Dividende. Allein schon darin kommt zum Ausdruck, daß das Kapital die Wirtschaftskrise bei weitem nicht in dem Umfange zu spüren bekommt wie die Arbeiterschaft.

Das Nominalkapital der 59 Aktiengesellschaften der Baustoffindustrie hat sich mit 220,9 Mill. RM. auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Die Umlageverhältnisse sind gefallen von 181,5 Mill. RM. auf 173,5 Mill. RM. Die Vorräte verringerten sich von 42,1 Mill. RM. auf 36 Mill. RM., und die flüssigen Mittel sanken von 72 auf 65 Mill. RM. Die langfristige Verschuldung betrug 16,5 Mill. RM. gegen 16,8 Mill. RM. im Vorjahre, und die kurzfristigen Schulden stellten sich auf 70 Millionen gegen 73,6 Mill. RM. 1929. Der Jahresreingewinn ist von 16,9 auf 9,6 Mill. RM. zurückgegangen.

Das Ergebnis zeigt, daß die Aktiengesellschaften das Jahr 1930 ganz gut überstanden haben. Es stimmt mit den vielfach geäußerten Klagen der Unternehmer nicht überein. Die Abdeckung der kurzfristigen Schulden um 3,6 Mill. RM. ist beachtenswert; auch die langfristigen Schulden haben sich um 300 000 RM. verringert. Wäre nicht der rabiate Lohnabbau gekommen, hätte die Baustoffindustrie sicherlich noch besser abgeschnitten. Erst durch die scharfe Lohnsenkung hat sich die Wirtschaftskrise so katastrophal verhärtet. Jetzt befindet man sich in der Klemme, und das Unternehmertum verfällt auf die phantastischen Ideen, den stehengebliebenen Karren wieder in Gang zu bringen. Abbau der sozialen Lasten, Steuerentlastung, Arbeitsdienst, Lohnkürzung, Verzicht auf die Ausbeutung, das soll jetzt helfen. Kurzfristig, wie das deutsche Unternehmertum ist, merkt es gar nicht, daß es damit dem Abgrund immer näher geht.

Gesicht

Die Belegschaft der Hartfeintwerke Gesicht, zum größten Teil aus AGD-Anhängern und Unorganisierten bestehend, hat nach halbjährlichem Überlegen und nachdem der Betrieb in diesem Sommer wochenlang stillgelegen hat, beschlossen, einen Betriebsrat zu wählen. Als Vorsitzender des Betriebsrates fungiert Herr H. Panja, früherer Vorsitzender der Zöschl'schen Fabrikarbeiterverbände. Von diesem Amt wurde er abgelehnt, weil er Gelder der Lokalkasse für Wahlzwecke der SPD bewilligte und hinterher auf Grund des § 14, Abs. 2 des Verbandstatuts aus dem Fabrikarbeiterverband ausgeschlossen wurde. Die zweite Größe in diesem Betriebsrat ist Herr Ernst Suhr, ebenfalls früheres Vorstandsmitglied und Resolutionsmitglied gegen die freien Gewerkschaften und ebenfalls aus den gleichen Gründen, wie Panja aus dem Fabrikarbeiterverband ausgeschlossen. Ueber die anderen Mitglieder des neugebildeten AGD-Betriebsrats wird bei anderer Gelegenheit noch ein Wort zu reden sein. Ob dieser Betriebsrat nach den gesetzlichen Bestimmungen gewählt worden ist, wird die Tätigkeit desselben beweisen müssen. Es wird doch eine der ersten Aufgaben dieser AGD-Strategen sein müssen, der Vereinbarung vom 28. Juli 1931 betreffs Verkürzung der Arbeitszeit und Neueinstellung von Arbeitskräften Geltung zu verschaffen.

Ob bei den Fähigkeiten dieser Gewerkschaftszersplitterer, die vor kurzem noch das Anglück hatten, ihren Leihhimmel durch Ausschluß aus der SPD zu verlieren, etwas Vernünftiges für die Belegschaft herauskommt, wird sie am eigenen Leibe recht bald spüren.

Wir rufen der Belegschaft der Hartfeintwerke aber zu: Wenn in eurem Betriebe geordnete Verhältnisse auf der Grundlage des Tarifs herrschen sollen, so organisiert euch im Fabrikarbeiterverband, Abteilung Keramikischer Bund, und als Handwerker in den zuständigen freien Gewerkschaften und wählt euch freigewerkschaftliche Betriebsräte, die in inniger Verbindung mit den Organisationen stehen und keine Verhörer und Bekämpfer der Gewerkschaften, wie Panja, Suhr & Co.



Der neue Westdeutsche Zementtrust

Zwei der größten deutschen Zementunternehmen im westlichen Deutschland haben sich zu einem neuen Unternehmen zusammengeschlossen, das etwa ein Drittel der gesamten deutschen Zementproduktion umfaßt. Das neue Unternehmen wird aller Voraussicht nach den Namen Portland-Zementwerke Dyckerhoff-Widning A.G. tragen. Damit hat die Bewegung, die darauf hinausläuft, die Zementproduktion in wenigen mächtvollen Händen zu vereinen, einen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen.

Die Geschichte dieses Zusammenschlusses reicht mehrere Jahre zurück und ist im höchsten Maße interessant. Die Widning-Gesellschaft hatte, um ihre Machtstellung zu vergrößern, eine Ausdehnungspolitik getrieben, die ihr jetzt zum Verhängnis wurde. Obwohl bereits ein großer Teil ihrer Werke wegen des sinkenden Absatzes stilllag, baute die Gesellschaft unter Führung ihres Generaldirektors ten Hompel unter einem Aufwand von mehreren Millionen in Neuwied am Rhein ein großes auf das modernste eingerichtete Zementwerk. Mit diesem Werk wollte sie gegen die holländischen Unternehmen vorziehen. Mit genug damit, wurde gleichzeitig ein sehr gefährlicher Ausstieg in die Schweiz unternommen.

Zu einer Zeit, in der die Ansammlung der Schweizer Zementwerke nur etwa 60-65 v. H. betrug, baute die Widning-Gesellschaft dort in Hausen ebenfalls für mehrere Millionen ein neues Werk. Die gleiche Widning-Gesellschaft, die im rheinischen Zementgebiet über die Entstehung neuer Außenzeiterwerke Klage und die oft schwierige Geschäftslage besonders auf die Außenzeitergründungen zurückführte, baute im Auslande selbst Außenzeiterwerke!

Seine Neugründungen bekamen der Gesellschaft jedoch recht schlecht. Man hatte auf eine Absatzsteigerung gehofft, statt dessen aber häuften sich die Lagerbestände, weil die Bauaktivität in einer ungewohnten Weise nachließ.

Die Schulden der Gesellschaft nahmen zu Ende 1930 waren sie auf 20 Millionen Reichsmark Bankschulden und außerdem 8 Millionen Lieferanten-schulden angewachsen. Das Schweizer Außenzeiterwerk mußte mit großen Verlusten an den Schweizer Zementverband verkauft werden und die Widning-Aktien sanken auf ganz geringe Höhe. Die Gesellschaft kam in große Bedrängnis.

In dieser Notlage suchte sie, nachdem sie vergeblich mit den holländischen Zementwerken verhandelt hatte, Anlehnung an die Dyckerhoff-Gruppe. Das Hauptwerk dieser Gruppe liegt in Aachen am Rhein und ist das größte deutsche Zementwerk. Die Leiter dieses Unternehmens stellten sich bereits seit 1925 durch die Ausdehnungspolitik von Widning bedroht und in darauffolgender Weise Interessengemeinschaftsverträge mit einer ganzen Anzahl von Zementwerken geschlossen, um für etwaige spätere Kämpfe mit Widning in jedem Fall gewappnet zu sein. So schloß sie sich mit der Vorwerk-Zementwerke und Düren-A.G. mit Rarjes und Bender in Kupferdreh und mit Sülzen, Lim. durch Interessengemeinschaften zusammen und bekamen, da diese Werke wiederum ... die Werke hatten, das Portland-Zementwerk Salingen und die Portland-Zementfabrik Karlsruhe A.G.

Sowohl Widning wie auch die Dyckerhoff-Gruppe umfassen je etwa 15 v. H. der deutschen Zementproduktion. Die Dyckerhoff-Gesellschaft ist in ihrer Geschäftspolitik immer recht vorsichtig gewesen. Sie verhandelt sich zu den Zusammenschlüssen mit den genannten Werken erst bereit, als die Widning-Gesellschaft gegen 1925 sie angreifen begann. Zur Widning endet diese wirtschaftliche Angriffskrieg nur mit einem völligen Verlust der einstigen Kernmachtstellung, denn das früher so glanzvolle Unternehmen geht jetzt mehr oder weniger in Döbeln auf der Elbe und in Zwickau in die Hände von Dr. Dyckerhoff und Direktor Reines liegen. Der Aufsichtsrat soll am nächsten Tag berufen werden.

Der führende Kopf von Widning, der Generaldirektor ten Hompel, hatte wohl geglaubt, diejenige Politik unternimmt

fortsetzen zu können, die sein Unternehmen während der Kriegs- und Inflationsjahre groß gemacht hatte. Vor dem Kriege umfaßte die Widning-Gesellschaft nur einige wenige Fabriken. Ihr eigentlicher Aufstieg setzte erst ein, als 1916 durch Verordnung des damaligen Bundesrates die „Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Anlagen zur Herstellung von Zement“ verboten wurde. Die Fabriken wurden außerdem zu einer Art von Zwangsindikat zusammengeschlossen. Die bestehenden Werke erhielten eine Monopolstellung und waren für die Zeit des Krieges eines erträglichen, wenn auch nicht üppigen Lebens sicher. Die Widning-Gesellschaft rechnete nun offenbar mit einem jägreichen Kriege und mit großer Zementnachfrage bei Friedensschluß. Sie gliederte sich deshalb von 1916 ab eine ganze Anzahl von Zementfabriken an, um bei der erwarteten heimischen Friedensnachfrage nach Zement den Bedarf auch befriedigen zu können. Diese Hoffnung erwies sich allerdings als falsch, statt dessen aber konnte der Widning-Konzern bei der geringen Ausnutzung aller Zementwerke die Aktien weiterer Fabriken zu billigen Preisen übernehmen.

Unter anderem wurde 1921 eine Fusion mit der damaligen Borussia-Union-Westfalen-A.G. vorgenommen, die ihrerseits aus der Vereinigung von vier größeren Unternehmen entstanden war. Der Widning-Konzern umfaßte damit eine große Anzahl von Fabrikationsanlagen. Daran lag ihm jedoch weniger; ihm kam es vielmehr auf die Verbandsvertretungen an, die diesen Betrieben anhaftete, denn nach der festen Syndizierung, die durch die Bundesratsverordnungen von 1916 und 1917 gefördert, um nicht zu sagen geschaffen wurde, besaß jedes Werk innerhalb der Kartelle ein bestimmtes Verbandskontingent. Viele Erlaubnisse, ja sogar viel Zement zu versenden, kann von einem Werk auf das andere übertragen werden. Der Konzern übernahm deshalb die Kontingente seiner zahlreichen Fabriken in einige wenige, ließ diese voll arbeiten und legte die übrigen still.

Denjenigen Unternehmen, die nur ein Werk umfaßten, waren derartige Möglichkeiten innerer Rationalisierung nicht gegeben. Deshalb arbeiteten sie vielfach teurer als die Konzernne. Die höheren Gewinne, die Widning durch die Produktionskonzentration erdachten, wurden zu den bereits geschilberten Ausdehnungen (Werke Neuwied und Hausen) verwandt. Sie reichten jedoch bei weitem nicht aus, um die Baukosten aus eigener Tasche zu betreiben; es mußten vielmehr hohe Bank- und Lieferantenkredite in Anspruch genommen werden. ... Die größte Belastung des Abzuges blieb völlig aus, statt dessen sanken die Preise und damit die Gewinne.

Die Aktienbesitzer von Widning bedenkten diese Entwicklung eine arge Schicksale. Die 20 Millionen RM des Widning-Kapitals werden (durch Zusammenlegung von 5 : 1) auf 4 Millionen vermindert.

Die aus der Vereinigung der beiden großen Unternehmen abzuleitende neue Gesellschaft, die Portland-Zementwerke Dyckerhoff-Widning-A.G. wird 27 Millionen Aktienkapital besitzen, von denen die Gruppe Dyckerhoff für ihre Werke sieben Millionen, die Widning-Aktianäre dagegen nur vier Millionen erhalten werden, während die Banken für die Ablösung der alten Widning-Schulden sechs Millionen zugeteilt erhalten. Außerdem aber — und diese Tatsache ist im höchsten Maße beachtenswert — sollen 8 Millionen Vorratsaktien geschaffen werden. Es ist zwar noch nicht bekanntgeworden, welchen Zweck diese Aktien dienen sollen; man wird aber in der Zukunft kaum fehlgehen, daß sie zur Übernahme weiterer Werke verwendet werden sollen.

In dieser Hinsicht bestehen verschiedene Möglichkeiten: einmal könnte man die verschiedenen einzelnen, keinem Konzern angehörigen Werke aufkaufen wollen. Die größere Wahrscheinlichkeit aber spricht dafür, daß man weitere Anschaffungen zu den zwei großen Zementunternehmen, zu den Portland-Zementwerken Heidelberg-Mannheim-Stuttgart-

(Fortsetzung von Seite 276.)

Ist schuld die ungesunde monetäre Politik, die seit 1919 von den verschiedenen Regierungen angewandt wurde. Auch die Folgen des Friedensvertrages sind schuld am bestehenden Ruin, besonders aber die Kriegsschuldenregelungen. Als Abwehrmaßnahmen werden vorgeschlagen: Einstellung der deflationistischen Politik und Reorganisation der lebenswichtigen Industrien auf der Basis der Sozialisierung. Die gesamte Außenpolitik muß auf neuer Grundlage aufgebaut werden, um endlich den Weg des internationalen Friedens beschreiten zu können. Die Kriegsschulden- und Reparationsregelung muß revidiert werden.

2. Soll die Weltwirtschaftskrise durch Erhöhung der Weltmarktpreise behoben werden.

3. Drittens ist die Ursache der Krise in der fehlerhaften Geldzirkulation zu suchen. Sie ist nicht nur schuld am Zusammenbruch des finanziellen Gleichgewichts Mittel-Europas, sondern auch an dem entstandenen Mißverhältnis zwischen der englischen Ein- und Ausfuhr.

Außerdem tritt der Generalrat bezeichnenderweise für eine Politik der Inflation ein, und Ernest Bevin vom Verbands der Verkehrsarbeiter verteidigte diese Stellungnahme durch drastische Beispiele.

Zur Frage der Einführung einer Schutzpolitik, die Henderson, Bevin und andere an Stelle einer Kürzung der Erwerbslosenunterstützung vorziehen, beschloß der Kongreß auf Vorschlag des Generalrats diese Materie einer demnächst einzuberufenden Konferenz der Zentralvorstände zu überlassen.

Der Kongreß beschloß eine Agitation zur Einführung der 40-Stunden-Woche zu entfachen. Der Antrag wurde vom Fabrikarbeiterverband gestellt. Die Kollegen C. Dukos (Fabrikarbeiterverband) und H. Elvin (Angestellte) begründeten den Antrag mit dem Hinweis auf den technischen Fortschritt und die Rationalisierung, die viel größere Anstrengungen für die Arbeiter bedeuten, als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Heute sei man bei richtiger Organisation in der Lage, in vierzig Stunden allen Anforderungen der Produktion zu genügen. Dukos sagte noch: Bürgerliche Ökonomen hätten es früher immer so dargestellt, als sei die Maschine als Mittel zur Erleichterung der menschlichen Arbeit erfunden worden. In Wirklichkeit diene die Maschine heute dazu, die Arbeiter im Produktionsprozess überflüssig zu machen. Kommt es zu keiner Verkürzung der Arbeitszeit (bei gleichbleibendem Lohn), so kommen wir überhaupt nicht zur Verringerung der Erwerbslosenzahl. Dieser Standpunkt würde heute auch schon von vielen Großunternehmern geteilt.

Nicht unerwähnt dürfen die Reden der amerikanischen Gastdelegierten bleiben. J. V. Moroschi trat für die Erhaltung hoher Löhne ein, da sie das Mittel zur Erhöhung der Kaufkraft der breiten Masse des Volkes sind.

Die kanadischen Gewerkschaften hatten G. Livett von den amerikanischen Bergarbeitern als Gastdelegierten ent-

sandt, der sein Bedauern darüber aussprach, daß in Kanada keine staatliche Erwerbslosenversicherung besteht.

Außerdem sprachen noch N. M. Joshi von der Indischen Gewerkschaftsföderation und M. L. Jouhaux vom IGB. B. Weingartz.

Großkampf in Norwegen beendet

(IGB.) Der Großkampf in Norwegen, der am 15. März mit der Aussperrung von 12 000 Papierarbeitern seinen Anfang nahm und von dem später durch weitere Aussperrungen insgesamt 85 000 Arbeiter betroffen waren, ist nunmehr beendet, und zwar auf Grundlage des bereits im August von den Arbeitern abgelehnten Schlichtungsvorschlages des staatlichen Schlichters. Nach der Ablehnung des Schlichtungsvorschlages fanden wiederum Verhandlungen statt — tolls zwischen den beiden Spitzenorganisationen und tolls zwischen den Organisationsleitungen in den einzelnen Berufen — wobei man sich über die Verdeutlichung einiger unklarer Bestimmungen einigte. Darnach fand eine Urabstimmung statt, die eine Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Annahme des Schlichtungsantrages ergab. Im letzten Augenblicke schied es allerdings, als sollte sich die so mühsam erzielte Verständigung wieder zerschlagen, weil der außerhalb der Landeszentrale stehende Maurerverband den Schlichterspruch ablehnte, die Arbeitgeber jedoch ihre Zustimmung von der Verständigung auf der ganzen Linie abhängig machten. Aber auch diese Schwierigkeit wurde schließlich beseitigt, so daß die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden ist.

Das Ergebnis des Kampfes kann wohl als ein Erfolg der Arbeiter gewertet werden, da die durchgeführte Lohnherabsetzung durchschnittlich nur 6 Prozent beträgt, während die Arbeitgeber eine Kürzung von 15 bis 25 Prozent gefordert hatten und die Indexziffer der Lebenshaltungskosten seit der letzten Lohnregulierung um 12 Prozent gesunken ist. Allerdings hätten die Gewerkschaften den Kampf mit dem gleichen Ergebnis weit früher beendigen können.

Die jetzt beendete Aussperrung ist der größte und langwierigste Arbeitskampf in der Geschichte Norwegens und wurde mit beispielloser Ausdauer und glänzender Solidarität durchgeführt. Allein an Unterstützungen haben die norwegischen Gewerkschaften während des Kampfes annähernd 20 Millionen Kronen ausgezahlt. Die Aufbringung dieser gewaltigen Summe war natürlich nur durch die unvergleichliche Solidarität der dänischen und schwedischen Gewerkschaften möglich, die zum größten Teil diesen langandauernden Kampf finanzierten. Die enge Zusammenarbeit zwischen den skandinavischen Gewerkschaften hat wiederum ihre Probe bestanden. Es ist zu hoffen, daß die norwegischen Genossen hieraus — auch in bezug auf den Wert der internationalen Zusammenarbeit — die richtige Lehre ziehen werden.

so durchgeführt wie in der Glasindustrie. Etwa 40 Prozent der Glasarbeiter sind arbeitslos und weitere Vertriebsbeschränkungen stehen bevor. Im Gau 16 ist eine reichhaltige Glasindustrie.

Wenn es heißt Lohnabbau, dann folgen hinter Nordwest direkt die Glasindustriellen. Hehe, Düsseldorf, verlangte auferzartlich einen Lohnabbau von 10 Prozent. Diese Forderung wurde selbstverständlich von uns abgelehnt. Trotz der Abschwierigkeiten hat der Balle-Konzern einen neuen Betrieb errichtet, welcher aber vom Syndikat aufgekauft wurde, weil das Syndikat die Konkurrenz fürchtete. Wie die Glasindustriellen sich die Arbeitszeitverkürzung vorstellen, zeigt ein Fall bei Hehe, indem die Sonntagsarbeit eingeführt wurde. Die Gewerkschaftsbehörde hat ohne Rücksicht auf uns die Sonntagsarbeit genehmigt. Die Folge davon ist, daß alle Flaschenfabriken mit Vollautomatmaschinen die Sonntagsarbeit fordern.

Zu Punkt 2 erhielt die Kollegin Hadmann (zur Zeit Gewerkschaftssekretärin in Krefeld) das Wort. Sie begrüßte es, daß der Gauvorsitzend es für notwendig befunden hat, in dieser Konferenz einen Vortrag über Frauenfragen in der Gewerkschaft halten zu lassen. In dem Referat hob sie hervor, wie die Frauenarbeit in den Betrieben zugenommen hat. Nach der letzten Statistik sind 42 Prozent Arbeiterinnen. Die Referentin geht dann zur Agitationsfrage über und schildert die Schwierigkeiten. Sie betont, daß die Kollegen in den Betrieben die Kolleginnen nicht genügend aufklären. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegin Saddy und die Kollegen Heering, Kirberg und Neuf.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung erhielt Kollege Prüll, Hannover, das Wort. In seinem zweistündigen, sehr lehrreichen Vortrag behandelte er die Entstehung und Funktionen des Geldes. Die Anwesenden folgten mit großem Interesse den Ausführungen des Referenten. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle das Referat wiederzugeben.

Am 2. Konferenztag erhielt Kollege Broich zum 4. Punkt der Tagesordnung das Wort. In seinem Referat betonte er, daß die Jugendbewegung im letzten Jahr im Gau gute Fortschritte gemacht hat. Die Jugendleiter müssen geschult werden. Das Treffen der Jugendgruppen hat den Zweck, um gemeinsam die gemachten Erfahrungen auszutauschen. Der Redner richtet den Appell an alle Delegierten, tatkräftig mitzuarbeiten, um die Jugendbewegung weiter emporzutreiben.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Heering, Blau, Gundlach und Prüll. Den Bericht vom Verbandstag gab Kollege Malica, er wurde vom Kollegen Kirberg ergänzt. Über den Gewerkschaftskongreß berichtete der Kollege Heering.

Zum 7. Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag, die nächste Zahlstellenleiterkonferenz findet in Witten statt, angenommen.

Der Antrag der Zahlstelle Düsseldorf, einen Gaujugendleiter zu wählen, wurde angenommen. Gewählt wurde Kollege Neuf, Düsseldorf.

Als Verbandsbeiratsmitglied wurde in geheimer Wahl Kollege Kirberg, Düsseldorf, gewählt. Zum Schluß führte Kollege Heering aus, daß im kommenden Winter die Bildungsarbeit im Vordergrund stehen müsse und gibt die Zusicherung, die Wünsche in bezug auf Bildungsarbeit beim Hauptvorstand nach Möglichkeit zu unterstützen. Kollege Hoffmann stellte fest, daß die Aussprache fruchtbar gewesen ist und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Fabrikarbeiterverband und den Keramischen Bund um 15.30 Uhr die Konferenz. Friedrich Legt.

Literarisches

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, RKV-Veröffentlichungen, Jahresbericht 1930, Berlin NW 6, Luisenstraße 58/59.

Dieser Jahresbericht des genannten Reichsinstituts für 1930 erstreckt sich nicht auf ein, sondern auf fünf Jahre. Er gibt einen Überblick über Arbeiten und Arbeitsergebnisse, die im Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und den ihm nachstehenden Ausschüssen in den Etatsjahren 1925/26 bis 1930/31 durchgeführt und erzielt worden sind. Dem RKW ist die Hebung der Wirtschaftlichkeit zur Aufgabe gestellt und auf diesem Gebiete leistete es eifrige Arbeit, freilich auch Arbeit, die nicht immer die Anerkennung der Arbeiterschaft finden konnte, weil eine Anzahl Unternehmer die erzielten Forschungsergebnisse nur zum Lohnruck auswertete.

In dem Bericht ist enthalten, wie das RKW zur Rationalisierung Stellung nahm, wie es organisiert ist, wie es finanziert wird, wie es arbeitet, wer mitarbeitet, wie die Ausschüsse zusammengesetzt sind und was gemacht wurde. Die Kennzeichnung der Aufgaben und Arbeitsergebnisse sind darin vorgenommen, die besonderen Rationalisierungsmittel, Rationalisierungsmittel-Sammelmittel sind angegeben und Mensch und Rationalisierung behandelt. Die Anwendung und Bedeutung der Arbeitsergebnisse für die Privatwirtschaft, Sammelwirtschaft, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft sind darin festgehalten und die Arbeiten der Ausschüsse sind gewürdigt. Ein Sachregister erleichtert die Übersicht und ein Verzeichnis aller Veröffentlichungen ist beigegeben.

Wenn auch die Arbeiterschaft und ihre Organisationen in den Ausschüssen nicht in erforderlicher Maße berücksichtigt ist, so sollten doch Gewerkschafter, die mit wirtschaftlichen Fragen zu tun haben, nicht achtlos an diesem Jahrbuch vorbeiziehen, denn es enthält viel Material, das auch für den Gewerkschafter nützlich sein kann. Auch Berufsschullehrer und Praktiker der Arbeit sollten diese Veröffentlichung beachten, sie enthält sehr viele wichtige Fachinhalte.

Man mag zum RKW stehen, wie man will, seine wirtschaftliche Tätigkeit war nicht zwecklos und das Reich sollte trotz aller Nöte den Zuschuß nicht weiter gewähren. Die deutsche Wirtschaft hat Anregungen sehr nötig.

„Werk im Werden“ von Heinrich Sierakowsky, Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg.

In diesem Buch ist in unterhaltender Weise ein lückenloser Überblick über die genossenschaftlichen Eisenwerke der GEQ gegeben. Es ist darin in breiter Form dargestellt, wie und wo die Werke und die Teilwerke gemacht werden, wie Streichhölzer entstehen, wie Bürsten fabriziert und Schokolade hergestellt werden. Jeder Betrieb, jede Anlage, jedes Werk ist beschrieben, die Kistenfabrik in Chemnitz, die Niederlassungen, die Kleiderfabrik, das Verwaltungsgelände, die Zigarettenfabrik, die Mühlen, Lagerhäuser, Landhäuser und so vieles andere. Das ganze ist als eine Wanderung durch die Betriebe der GEQ behandelt, und auf diesem Wege wird die Leserschaft mit den Werken und ihren Leistungen bekannt gemacht. Diese können sich sehen lassen. Es kommt darin zum Ausdruck, was genossenschaftlicher Zusammenschluß der Warenverbraucher vermag und wie vorbildlich die genossenschaftlichen Einrichtungen gegenüber vielen anderen Privatbetrieben sind. Die Anlagen der GEQ stellen eine beachtenswerte Wirtschaftsmacht dar, sie könnte jedoch noch ganz beträchtlich erweitert, ja sogar zur entscheidenden Wirtschaftsmacht ausgestaltet werden, wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten den verfügbaren Teil ihrer Kaukraft in eigenen genossenschaftlichen Werken umsetzen würden. Damit es recht bald dahin kommt, muß wirtschaftliche Aufklärung weiter getrieben werden von allen Organisationen, die eine Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft erstreben. Hoffentlich trägt auch diese Schritt mit dazu bei, uns auf diesem Gebiete ein weiteres Stück vorwärts zu bringen.

„Der Beamte der Republik“. Ein Beamtenroman der Partei. Der neugebildete „Beirat“ in Beamtenfragen beim Parteivorstand der SPD hat seine Arbeit mit der Herausgabe einer Arbeitschrift: „Der Beamte der Republik“ begonnen. Er hat der Partei ein Organ geschaffen, das sicher geeignet ist, das Verständnis für die Ziele der Partei zu fördern und ihr neue Freunde in den Beamtenkreisen zu schaffen.

Arbeitsmarkt

(Inserate unter dieser Überschrift werden nicht aufgenommen.)

Fuchmann gesucht (Meister oder Vorarbeiter), der die Fabrikation von gepressten Akkumulatorengläsern bis 25 Liter Inhalt und von Glasbauteilen einrichtet. Dipl.-Ing. Dinckmann, Sena, Schenckstraße 17. (9/31)

Tüchtige junger Glasbleifer, der perfekt eingearbeitet ist in Weikristall, Tiefzähfließ, sofort gesucht. Kristallglas-schleiferei Hof i. B., Yorkstraße 12. (10/31)

Tüchtige Glasbleifer, eingearbeitet in sämtlichen Blechungsartikeln, Schirmen, Deckenschalen, Heberjungen, Reflektorengläsern (Schraffstrahler) sowie auf Stangenwagen und edige Sachen, Jantelschalen und Einlässe, suchen Stellung. Angebote an den Fabrikarbeiterverband Weidenau, Dörfelstr. 6, Stb.

allmählich zu der gleichen Auffassung wie wir, obwohl sie diese sehr vorsichtig und nur indirekt zum Ausdruck bringen. Die letzte Zeit hat erst recht dargetan, daß starke Gewerkschaften zur Vertretung der Arbeiterinteressen notwendig sind. Wenn die Arbeiter dies begreifen und sich in den freien Gewerkschaften zusammenschließen, werden ihre Interessen am besten gewahrt werden.

In der Diskussion verlangte Fischbacher, daß Nebenstunden in den Betrieben unbedingt vermieden werden müssen, um Arbeiter in die Betriebe zu bringen. Er befürwortete die Herabsetzung der Altersgrenze der Invalidenversicherung auf 60 Jahre.

Meyer, Altdorf, betont, daß er mit dem Referenten über die Einführung der 40-Stunden-Woche einig sei. Die Herabsetzung der Pensionsgrenze sei notwendig. In erster Linie kämen in Frage die überfüllten Zölle besonders für Agrarprodukte.

Kollege Tribl vom Ortsausschuß des ADGB, München behandelte dann den derzeitigen Stand der Arbeitslosenversicherung in ausführlicher und leichtverständlicher Weise. Der Vortrag, der instruktiver Natur war, wurde beifällig aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Als Mitglied für den Verbandsbeirat wurde einstimmig der Kollege Josef Meitz, Dachau, gewählt, womit die Konferenz ihr Ende erreicht hatte.

Mit Worten des Dankes an die Funktionäre und Mitglieder und der Bitte, im gleichen Sinne wie bisher mitzuarbeiten und alles zu tun, um unsere Organisation zu stärken und auszubauen, schloß der Kollege Graß die Konferenz.

Gau 16,

Zahlstellenleiterkonferenz

Am 12. und 13. September fand in der schönen alten Handelsstadt Münster die Zahlstellenleiterkonferenz des Gau 16 statt. Erschienen waren 51 Delegierte der Zahlstellen, 2 Gauleiter und Kollege Prüll vom Hauptvorstand. Am 11 Uhr eröffnete Kollege Heering (Gaul) die Konferenz.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Gauleitung. 2. Die Bedeutung der Frau in der Industrie und die Notwendigkeit ihrer Organisation. 3. Funktionen des Geldes. 4. Unsere Jugendorganisation im Gau 16 und ihre Bedeutung. 5. Bericht vom Verbandstag. 6. Bericht vom Gewerkschaftskongreß. 7. Anträge, Wahlen, Verschiedenes.

Zu Punkt 1 berichtete Kollege Heering, daß die Zahl der arbeitslosen Mitglieder seit Januar bis Dezember 1930 von 186 auf 24,8 Prozent gestiegen ist. Die Zahl der Kurzarbeiter in der gleichen Zeit von 4,8 auf 9,9 Prozent. Bis zur Gegenwart hat sich dieser Prozentsatz gewaltig erhöht. Im Durchschnitt sind in unserem Gau nur noch 35 bis 40 Prozent Mitglieder, die Vollarbeit verrichten.

Im der großen Arbeitslosigkeit etwas zu begegnen, wurden Verhandlungen geführt zur Verkürzung der Arbeitszeit. In der Metallindustrie machten die Arbeitgeber Schwierigkeiten, weil sie einen Lohnausgleich gänzlich ablehnten. Als sich die Arbeiterschaft bereit erklärte, 40 Stunden zu arbeiten ohne Lohnausgleich und dies große Opfer auf sich nehmen wollten, um ihre erwerbslosen Kollegen in Arbeit zu bringen, lehnten trotzdem die Arbeitgeber die Verkürzung der Arbeitszeit ab. Die Ziegelindustrie war in diesem Jahre nur mit 40 Prozent beschäftigt, auf Grund dessen konnten die Hilfskräfte zur Vertretung der Ziegler nicht eingestellt werden.

Im 1. Quartal 1930 wurden 115 793 und im 4. Quartal 1930 118 676 Beitragsmarken verkauft. Bezüglich der Agitation hat die Gauleitung alle Zahlstellen tatkräftig unterstützt. Zum Schluß ging der Redner auf die Gegner der freien Gewerkschaften, NSD, und rechtsgerichtete Organisationen ein, die alles daran setzen, um die freien Gewerkschaften und somit die Arbeiterschaft zu schädigen.

Gauleiter Kollege Hoffmann berichtete über die Glasindustrie. In keinem Industriezweig ist die Rationalisierung



Gau 10,

Zahlstellenleiterkonferenz

Am 19. und 20. September 1931 fand die Zahlstellenleiterkonferenz vom Gau 10 in München statt mit folgender Tagesordnung:

- 1. Bericht der Gauleitung.
2. Kann die Wirtschaftskrise in absehbarer Zeit überwunden werden und mit welchen Mitteln? Redner: Kollege Karl, Hannover.
3. Die wichtigsten Bestimmungen aus der Arbeitslosenversicherung. Redner: Kollege Tribl vom ADGB, München.
4. Wahl eines Mitgliedes für den Verbandsbeirat.

In seinem Bericht schilderte Kollege Weber die Verhältnisse in den einzelnen Industrien, betonte, daß in der Papierindustrie schon Betriebe geschlossen sind, andere kurz arbeiten und daß schon auferzartliche Lohnkürzungen in Kauf genommen werden mußten, um Schlimmeres zu verhindern.

Die chemische Industrie bezeichnet er im allgemeinen als etwas besser. Hier wurde in den meisten unserer sogenannten Großbetriebe die 40-Stunden-Woche eingeführt, um Entlassungen von Arbeitern zu verhindern. Im Farbwerk Gersthoven hat diese Maßnahme zur Einstellung von 120 Arbeitern geführt.

Betriebe wurden auch stillgelegt in der Zement- und Tonindustrie, ohne Aussicht, daß diese jemals wieder eröffnet werden.

In der Agitation wurde durch die gesamten Funktionäre außerordentlich Gutes geleistet, was um so anerkannterwert ist, als der Kampf gegen die freien Gewerkschaften von den Unternehmern, Hakenkreuzlern, Stahlhelmern und Kommunisten in letzter Zeit mit der größten Intensivität geführt wird.

Die Versuche der Stahlhelmer, Hakenkreuzler und Kommunisten in unserem Gau Organisationen aufzusuchen, sind mißlungen.

Weber stellte fest, daß wir trotz der Wirtschaftskrise unser Verbandsmitglied bisher wohlhabender durch die Klippen steuern konnten. Er dankte allen Funktionären und Mitgliedern für ihre Mitarbeit. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und die Feststellung, daß die Gauleitung ihre Pflicht getan habe, mit Verfall bestätigt.

Karl, Hannover, behandelte die Weltwirtschaftskrise. Die Ursachen der heutigen Krise seien viel weiter und tiefergehend, als die der Vorkriegszeit. Er verwies auf die Umwidmung der Produktion, die Neuerrichtung von Betrieben und das Bestreben aller Länder, durch intensive Förderung der heimischen Industrie sich von der Einfuhr zu befreien. Durch Kapitalfehllieferung und Fehlinvestierung wurde die Produktion außerordentlich verfeuert. Die Zollmauern, die allerorts errichtet wurden, verhindern oder erschweren den Austausch der Waren.

Die Krise kann gemildert und letzten Endes durch Flüssigmachung der Weltkredite und Verständigung mit anderen Nationen besonders mit Frankreich beseitigt werden. Das Ausland muß Vertrauen zu Deutschland bekommen. Die Zollschranken müssen herabgesetzt, insbesondere die Schutzzölle für Agrarprodukte abgebaut werden. Dadurch erfolgt eine Erhöhung der Kaufkraft und wird somit von dieser Seite her ein Anreiz zur Besserung der Wirtschaftslage gegeben. Ferner muß zusätzliche Kaufkraft und Arbeit in Deutschland geschaffen werden, weshalb Karl die Vorschläge des internationalen Arbeitsamtes erwähnte, daß solche Arbeiten vorschlägt. Diese und eine Reihe anderer Maßnahmen anzunehmen wären wohl geeignet, eine Besserung der Wirtschaftslage herbeizuführen, obwohl sich nicht auf Wochen oder Monate voraussehen läßt, wann nach Durchführung dieser Maßnahmen die Krise beseitigt sein wird. Auch Unternehmer und Wirtschaftler, die seit Jahren die Ansichten der freien Gewerkschaften nach dieser Richtung hin bekämpften, können

Die Glücksbude

Erzählung von Ernst Brezanga.

Copyright 1930 by Buchverlag Ostsee, Berlin.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Cloin zog die Kappe, tat eine Verbeugung nach oben und ließ einen alten Witz los: „Ihr habt gut lachen. Ihr sitzt auf dem Heuboden. Aber ich? Wo bin ich? Unter dem Heuboden. Was ist da?“

Er wartete die Antwort nicht ab, sondern war schon verschunden, als sie von oben kam: „Das Rindvieh!“

Ein fürchterlicher Tumult erhob sich. Oben freischten, lachten, schrien, trampelten sie. Unten redten sich geballte Fäuste auf. Schimpfwörter flogen hin und her. Ein paar Bauern sprangen über die Barriere.

Jeremi eilte davon, dem anderen Ende des Dorfes zu. Fünf Minuten später stand er vor dem bölligen Dunkel geschüllten Spritzenhaus. Er ging erst einmal vorsichtig lauschend herum, ehe er an das Tor klopfte. Einmal, zweimal.

„Wer ist da?“ Sein Vater meldete sich.

„Ich bin's, Jeremi.“

„Was willst du? Es muß schon spät sein. Haben sie dich sehr geschlagen?“

„Gar nicht.“

„Die Mutter grämt sich wohl sehr?“

„Ja. Aber du mußt heraus, Vater. Es sind doch Leitern dort.“

„Leitern? Ja.“

„Kannst du das Dachfenster sehen?“

„Eine Banke. Ja, dort ist es. In gerader Linie über der Tür. Ein Stern scheint hindurch. Aber wie komm' ich von dem Dach?“

„Warte mal. Ich muß sehen.“ Er ging von neuem um das Haus. Endlich entdeckte er nicht weit von der Tür ein langes Brett. „Das hat sie mir hingelegt“, dachte er, richtete es auf und hörte, daß er gegen die Regel schlug. Wie eine Rahe war er hinauf. Er strengte die Augen an und sah seinen Vater in halber Dachhöhe aus dem Fenster steigen. „Warte noch einen Augenblick, Vater. Ich mache dir eine Treppe.“

Er rief einen Fingel heraus, der polternd hinunterrollte. In die Lücke stemmte er den Fuß und entfernte weiter hinauf von neuem einen Stein. Bis er seinem Vater die Hand reichen konnte.

„Baghalfiger Junge, was machst du!“

Jeremi lachte: „Das ist doch gar nichts. Du kannst jetzt wie auf einer Treppe hinuntergehen.“ Er sah den Vater an der Hand und leitete ihn so mit einiger Schwierigkeit bis zum Brett. Er glitt zuerst hinab. Jeremias folgte.

„Wo ist die Mutter?“

„Vorn. Dort am Walde hält sie.“

„Das ist gut. Aber wie kommen wir ungeschoren hin?“

„Durch das Dorf müssen wir“, antwortete Jeremi.

„Reißt du was, Vater? Wende dir ein Taschentuch um den Kopf, als ob du Zahnschmerzen hast. Dann kennst dich keiner.“

Jeremias tat es: „Du bist ein Schlauberger. Geh' du voran. Ich werde mich bekranken stellen.“

Die Juden waren zum größten Teile geschlossen. In den andern war man dabei, aufzuräumen. Niemand kümmerte sich um den scheinbar Trunkenen, der den Hut schief in die Stirn gedrückt hatte und leicht hin und her taumelnd, Selbstgespräche murmelnd, seines Weges zog. Nur einmal blieb einer laut lachend vor ihm stehen: „Mensch, Mensch, du hast deinen hohlen Zahn nicht schlecht begoßen.“

Jeremias nickte, lachte wie ein Trunkener und ging apathisch weiter. Ohne Hast.

Ein heftiger Wortwechsel, ein wildes Durcheinander von Stimmen führte ihn auf. Er stand auf dem Kirchplatz des Dorfes. Drüben, aus den geöffneten Fenstern des Wirtshauses kam der Skandal. Der Raum war vollgeprobt von Menschen, die, anscheinend in zwei Parteien gespalten, sich mit heftigen Worten bombardierten. Er bemerkte bekannte Gesichter darunter. Den Kirchsdirektor, einige Judenbesitzer, den Gemeindevorsteher, den Geizhauern. Alle übertrug die hohe, dicke Gestalt des langen Friedrich. Der stand vor dem Orksgewaltigen und sagte: „Den Schlüssel heraus! Entweder — oder! Den Schlüssel! Wird's bald?“ „Einperrten laß ich dich!“ schrie der andere. Und ließ seine wilden Augen in die Runde gehen. Mit erhobener Stimme: „Platz ist im Spritzenhaus für die ganze Bagajchel!“

„Vater!“ Jeremi, der vorausgegangen, kam zurück und berührte den Arm seines Vaters. „Komm doch. Sie werden sich jagen.“

„Unzeitweiger!“ Jeremias riß das Tuch vom Gesicht.

„Geh' zur Mutter und sage, ich komme gleich!“ Er ging mit großen Schritten hinüber und drängte sich durch die Menge.

„Vater! Vater!“ Jeremi verjuchte ihn am Hals festzuhalten. Eine heftige Bewegung ließ ihn zurückbleiben. Er sah, wie sein Vater in die Stube trat und sich dicht vor den Ortsvorsteher hinstellte, er hörte einen Fluch, ein Schimpfwort, erblinnte das rote, vorgebeugte Gesicht und die fürchterlichen Augen — und starrte jah auf.

Die Szene im Wirtshaus hatte sich in einem Nu verwandelt. Ein Anäuel mit vielen Armen und Händen und Beinen wälzte sich dort. Maßkrüge, Gläser, Stühle flogen über den Hauptern. Ein Lachen, Schreien, Brüllen.

Wie ein Strudel war's. Ein Strudel, der sich fortwährend vergrößerte und jeden und jedes, das in seinem Bereich hineintrifft; der sich auf den Fluß ausdehnte, in den Langsaal hinübergriff und seine Wellen bis auf die Straße sandte. Alles lachte, fluchte, lobte, schlug.

Jeremi hörte noch ein Krachen, Krachen, Poltern und Schreien, er sah, wie die Hängelampe in großen Wagen an der Decke flog und hingend in tausend Scherben brach; ein Beiseite drang zu ihm herüber — dann eilte er fort davon.

Unter ihm hatte die Schlacht von Grebesberg begonnen die Schlacht zwischen den Anführern und den Feinden. Lauter lobte sie durch das ganze Dorf.

Frau Trude sah noch immer wartend auf der Trittleiter des Wagens. Die Nacht war wunderbar laut und still. Der Wald lag wie im Traum. Ein leises Rauschen, als wenn ein matter Windhauch in den Kronen spielte. Der trambante Wirtshaus eines Bogels. Sonst Lärmen Friede.

Ein heller, klingender Schlag. Die Wanduhr im Wagen. Sie schlug halb elf.

Frau Trude wartete.

Ein lautes, schluchzendes Weinen, das wie von Angst gejagt näherkam, ließ sie blicksinnlich auffahren.

„Jeremi!“ Es war mehr ein Aufschrei als ein Ruf.

„Mutter! Mutter!“ Er saug lewend, weinend zu ihren Füßen ins Gras; sein Kopf suchte ihren Schoß.

Sie umarmte ihn mit beiden Armen, bereit, das Schlimmste zu hören.

In einzelnen Worten, in abgerissenen Sätzen berichtete er. Sie antwortete nicht. Aber Jeremi fühlte, wie warme Tropfen auf sein Haar fielen; wie ihre Arme, ihr Leib bebten.

„Und an allem bin ich schuld!“ schluchzte er. Sie streichelte ihm Kopf und Wangen und küßte ihn. Sie kämpfte mit aller Macht gegen den Schrecken, der sie überfallen und fassungslos gemacht, gegen die Angst, die jeden klaren Gedanken ersticht hatte.

„Jeremi, mein Junge, du bleibst für eine Weile allein hier. Ich gehe ins Dorf ... Nein. Wir müssen hineinfahren. Vielleicht ... vielleicht brauchen wir den Wagen dort unten.“

„Wir kommen nicht lebendig heraus, Mutter. Hättest du das gesehen! Wie die Wilden sind sie. Die zerschlagen den Wagen und uns.“

„So höre. Ich laufe voraus. Du fährst langsam hinter mir her. Ungefähr bis zur Hälfte des Wege. Dort wartest du.“

„Ja.“ Frau Trude nickte und überlegte von neuem.

Ein seltsames Geklapper wurde hörbar und kam näher. Sie sahen im Sternlicht die undeutliche Silhouette eines Reiters, der auf einem schweren Aderpferde die Dorfstraße hinaufpöbelte und in schwerfälligem Galopp die Chauffee landeinwärts hinunterstürzte. Man hörte das Klatschen einer Peitsche, die wieder und wieder die nasse Haut des Pferdes traf. Unter den Füßen sprühten die Funken hervor.

Frau Trude atmete schwer: „Ja. Es muß hös dort unten zugehen. Das ist einer, der Hilfe holt.“

Sie warf ein Tuch um und eilte in der Richtung des Dorfes davon.

Sie kam nicht weit. Ein Keuchen und das Geräusch laufender Füße auf dem Pflaster hielt sie auf. Sie sah eine lange Gestalt, die ein Bündel im Arm trug. Sie hörte eine Stimme, die zu dem Bündel zu sprechen schien. „Galtten Sie sich tapfer. Tattenbach! Wir sind gleich da!“

„Jeremias!“ Trude schrie.

„Trudel!“ Sehr leise kam es aus den Armen Friedrichs.

„Wo ist der Wagen?“ Friedrich fragte leuchend. „Schuell, ein Bett bereit.“

Frau Trude eilte zurück.

Jeremi lenkte eben den Wagen auf die Chauffee. „Hierher, Jeremi!“

„Bist du da, Mutter?“

„Ja. Galt! Zünde die Wagenlaterne an!“ Sie sprang in das Innere und machte Licht, riß das Deckbett vom Sofa und legte noch ein Unterbett darauf. „Hier herein, Friedrich.“

Die Trittleiter fiel.

Er legte Jeremias faust auf das Bett, hielt aber eine Hand fest auf seine Brust gepreßt. „Wasser und Leinen, Frau Trudel! Stricken Sie keinen Schreck. Es ist ein bißchen Blut da.“

Sie entkleideten den Verwundeten und stellten einen festen Verband her.

„Ein Stuch in die Brust?“ Sie sagte es leise.

(Fortsetzung folgt.)

Aus einer französischen Konsumgenossenschaft

In Frankreich ist manches anders als bei uns in Deutschland. Diese Wahrnehmung macht wohl jeder Reisende, der mit offenen Augen durch das Land kommt. Diese Tatsache bestätigen auch die folgenden Angaben über die Konsumgenossenschaft Limoges.

In der Porzellan- und Schußstadt Limoges, die 99 000 Einwohner hat, besteht ein Konsumverein mit 20 000 bis 21 000 Mitgliedern. Er verfügt über 65 Pro. der dortigen Bevölkerung mit Haushalten aller Art. Schon diese paar Zahlen lassen erkennen, daß die Konsumgenossenschaft im Wirtschaftsleben dieser Stadt eine bedeutende Rolle spielt, und es wird wohl wahr sein, wenn dieser Konsum von sich sagt, er ist der Preisregulator von Limoges. Sein Umsatz im Jahr hat eine Höhe von 60 Millionen Frank; 400 Angestellte und Arbeiter stehen in seinem Dienst.

Was dem Konsumverein von Limoges seine Bedeutung gab, und was ihn so stark machte, ist die jährliche Rückvergütung von 10 Prozent. Die 10prozentige Rückvergütung ist Ritt und Zugkraft zugleich, ja, das beste Werbemittel. Die französische Bevölkerung ist im allgemeinen einer Organisation schwer zugänglich; wo aber die Organisation so unerkennbaren Nutzen bringt, wie bei der Konsumgenossenschaft Limoges, da wird die Organisation voll anerkannt, da schließen sich neben den Arbeitern, Angestellten und Beamten auch die Kleinbürger an.

Der finanzielle Stand der Konsumgenossenschaft Limoges wird sonderbarer Weise von der nach unten gezogenen hohen Rückvergütung nicht etwa ungünstig beeinträchtigt. Dafür einige Beispiele: Das Warenlager im Wert von 7 Millionen Frank, der Haus- und Inventarbestand im Werte von 5 Millionen Frank sind abgeschrieben. Die Geschäftsanteile werden in der Bilanz nicht mehr aufgeführt, auf die volle Einzahlung der 100-Frank-Geschäftsanteile wird kein Wert mehr gelegt. Sparguthaben über 1000 Frank werden nicht mehr angenommen und Zinsen für Sparguthaben kaum noch bezahlt. Geld ist in Hülle und Fülle vorhanden. Bei Neubauten gibt es keine Kapitalbeschaffungs- und Zinsfragen. Die Annahme höherer Sparguthaben brachte eine Vermehrung der Verwaltungskosten mit sich und lohnte sich nicht, so daß die Grenze von 1000 Frank festgelegt wurde.

Was sonst noch anders ist als bei deutschen Konsumvereinen, soll auch noch kurz aufgeführt werden. Der Konsumverein Limoges besitzt den größten Saal der Stadt, 3000 Personen haben darin Platz; er wird zu Kino-, Varietés- und Versammlungszwecken benutzt und in eigener Regie betrieben.

Die Bäckerei ist schon fünfzig Jahre alt, aber nicht so hygienisch eingerichtet wie solche in deutschen Konsumver-

einen. Auf maschinell eingewickeltes Brot wird kein Wert gelegt. Die Brotkrangen werden vom Bäcker, vom Verarbeiter und vom Austräger in die Hand bzw. in den Arm genommen. Die Hauptfrage für die französische Bevölkerung ist, daß das Brot gut schmeckt und billig ist. Die Mitglieder abonnieren ihr Brot beim Konsum und bekommen es in die Wohnung geliefert, auch andere bestellte Waren werden ins Haus gebracht. Täglich, mit Ausnahme des Sonntags, werden 30 000 Kilogramm Brot gebacken; 900 Gramm kosten 2,3 Frank. Der Konsum unterhält zwei große Warenhäuser und 16 Lebensmittelverkaufsstellen sowie eine Anzahl Pferdebestände zum Warenvertrieb bei der Hauslieferung. Autos sind dazu unrentabel. Der tägliche Weinverkauf beträgt 150 hl.

Die Konsumgenossenschaft Limoges beschränkt sich nur auf das Stadtgebiet; eine Ausdehnung auf die Umgebung wird stets von den Mitgliedern abgelehnt. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß die Verkaufsstellen und sonstigen Einrichtungen dieser Konsumgenossenschaft vorbildlich sind, und daß sie die privaten Warenverteilungsstellen an Sauberkeit und Ordnung übertreffen. Wenn gar erst die neue Bäckerei gebaut und die geplante Fleischwarenfabrik Wirklichkeit sein wird, dann befindet sich in Limoges ein genossenschaftliches Werk, das stolz auf sein Wirken blicken kann.

Interessant ist noch, daß die Gebäude dieser Genossenschaft, da sie dauerhaft sein sollen, aus einheimischen Kalksteinen hergestellt werden, und daß der Leiter dieses aufstrebenden Unternehmens nicht viel mehr Einkommen hat als drei Verkäuferinnengehälter ausmachen. — Trotzdem die Verkaufsstellen nur acht Stunden werktags geöffnet sind, erreicht der Konsumsatz die Hälfte des Warenumsatzes der Stadt Limoges. Die französischen Konsumgenossenschaften ließen sich ihre Farben Orange und Dunkelrot gesetzlich schützen und erzielten damit, daß die Konkurrenz sie nicht nachahmen kann.

Das sind so einige Wahrnehmungen, die erkennen lassen, daß die Arbeiterschaft Frankreichs die Konsumgenossenschaften zu schätzen wissen.

Wie wohl wäre den deutschen Konsumvereinsgeschäfführern uns Herz, wenn sie ebenso im Gelde schwimmen könnten wie ihr Kollege in Limoges. Sie wären dann um viele Sorgen leichter. Wenn schon Kartelle der Industrie zwischen Frankreich und Deutschland angebahnt werden, sollten auch die Genossenschaften nicht säumen; billige langfristige französische Darlehen könnten doch auch manche deutschen Konsumgenossenschaften brauchen. Die Spargelder, die drüben abgewiesen werden, könnten in Deutschland gute wirtschaftliche Anregung geben.

Edwin Kenninger.

Beim Arbeitsamt

Die Uhr vom nahen Turm schlägt acht, das Arbeitsamt wird aufgemacht.

In Hallen und in Gänge strömt eine Menschenmenge.

Zermürbte Männer, müde Frauen, die kaum mehr auf das Glück vertraun,

hier Arbeit je zu finden, seh' ich durchs Tor verschwinden.

Die Menschen stehen in langer Reihe,

es senken viele still dabei,

und wieder andere fluchen, die bang' nach Arbeit suchen.

Gar manch' Gesicht ist grambeschwert,

gar mancher Blick in sich gekehrt.

Die Sorge vieler Wochen hat manches Herz gebrochen.

... macht sich Rot und Glend breit,

hier spiegelt sich die trübe Zeit

in jener furchtbar großen

Armee der Arbeitslosen.

Millionen Hände liegen brach.

Millionen Seufzer werden wach:

Wann wird dies Glend enden

und sich zum Bessern wenden.

Hans Weig.

Weißer Raben

Die „weißen Raben“, die bei uns so selten sind, daß sie als Sprichwortswort für große Seltenheiten dienen, haben, was allgemein unbekannt sein dürfte, eine Größe, wo sie recht häufig vorkommen. Auf den Inseln der Faröer-Gruppe sind jedenfalls weiße Raben eine durchaus nicht ungewohnte Erscheinung. Der Naturforscher Wallner erzählt davon in einem seiner Werke, und die interessantesten Stellen daraus seien hier wiedergegeben: Man kann auf den Faröer-Inseln sehr oft einen ungeheuren Lärm in den Lüften hören, der von Raben und Krähen verursacht wird. Wenn man hinausblickt, um nach dem Grund des entfehlenden Geschehens zu sehen, bietet sich jedesmal daselbst das Schauspiel, daß ein weißer Rabe von anderen schwarzen Raben und Krähen unter ohrenbetäubendem Getöse

berfolgt wird. Die schwarzen Raben haben gegen ihre weißen Brüder eine ungeheure Abneigung, die sich wohl weniger auf die Farbe des Tieres als auf seinen Charakter bezieht. Die weißen Raben gelten auf den Faröern nämlich für ungewöhnlich kühn und gefräßig und sollen ihre schwarzen Brüder mit großem Haß verfolgen, wenn sie sie einzeln antreffen. Ein weißer Rabe soll schon oft mit vier bis fünf schwarzen Raben gekämpft und gesiegt haben. Allerdings müssen sie vor großen Schwärmen die Flucht ergreifen, und dann rächen sich die schwarzen Raben an ihnen blutig. Wenn sie sie einholen, haben sie so lange mit ihren Schnäbeln auf sie ein, bis sie tot zur Erde fallen. Andererseits findet man auch wieder viel freundschaftliche Beziehungen unter ihnen. Auf der Insel Sandon z. B. brütet schon seit vielen Jahren ein Pärchen, von denen das Männchen ein schwarzer und das Weibchen ein weißer Rabe ist. Dieser weiße Rabe gilt als sehr friedfertig und wird oft unter dem Schwarm der schwarzen Raben beobachtet. In Dahl kommen die meisten weißen Raben vor. Man findet unter mehreren schwarzen Jungen hier oftmals ein weißes. Von der Kühnheit und Gefräßigkeit der weißen Raben legt der Umstand Zeugnis ab, daß auf den Faröer-Inseln jahne Lauben nicht gehalten werden können, da sie von den weißen Raben unweigerlich gestöckelt werden. In den Nestern weißer Raben fanden sich noch die Überreste vieler anderer Vögel.

Kesselstein in Kochtöpfen

Überall, wo das zum Kochen verwendete Wasser auch nur der geringsten Kalkgehalt aufweist, muß er sich mit der Zeit als sogenannter Kesselstein an den Seitenwänden und vor allem am Boden der Kochtöpfe ablagern. Den Kesselstein kann die Hausfrau sowohl mechanisch durch Reiben oder Abstoßen, als auch chemisch durch Auflösen wieder entfernen. Da durch beide Beseitigungsverfahren die Gefäße angegriffen werden, ist bei der Beseitigung des Kesselsteins immer mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen. — Im Emailletöpfen und Porzellan-gefäßen wird der Kesselstein chemisch aufgelöst. Zum Auflösen benutzt die Hausfrau meistens Salzsäure, die zwar am kräftigsten wirkt, dafür ist aber ihre Anwendung auch mit den meisten Gefahren verbunden. Wir möchten daher empfehlen, den Kesselstein mit Hilfe von Essig oder Zitronensaft zu entfernen. Wenn Essig und Zitronensaft auch nicht so schnell wirken, so kann doch auch das betreffende Gefäß durch die milder wirkenden Säuren nicht beschädigt werden, während die Behandlung mit Salzsäure den Gefäßen nie zum Vorteil gereicht. In Metallgefäßen sollen grundsätzlich keine Säuren gelangen, aus ihnen wird die Hausfrau den Kesselstein nur durch Behandeln mit Scheuersand beseitigen. Kräftiges Reiben mit Scheuersand muß jeden Kesselsteinansatz wieder zum Verschwinden bringen.